

mo



MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 51

ZWEI DIREKTOR/INNEN
im Streitgespräch

STEPHAN SCHULMEISTER
Schwarzblaue Bilanz

Worüber wir sprechen sollten

BRENNPUNKT: SCHULE

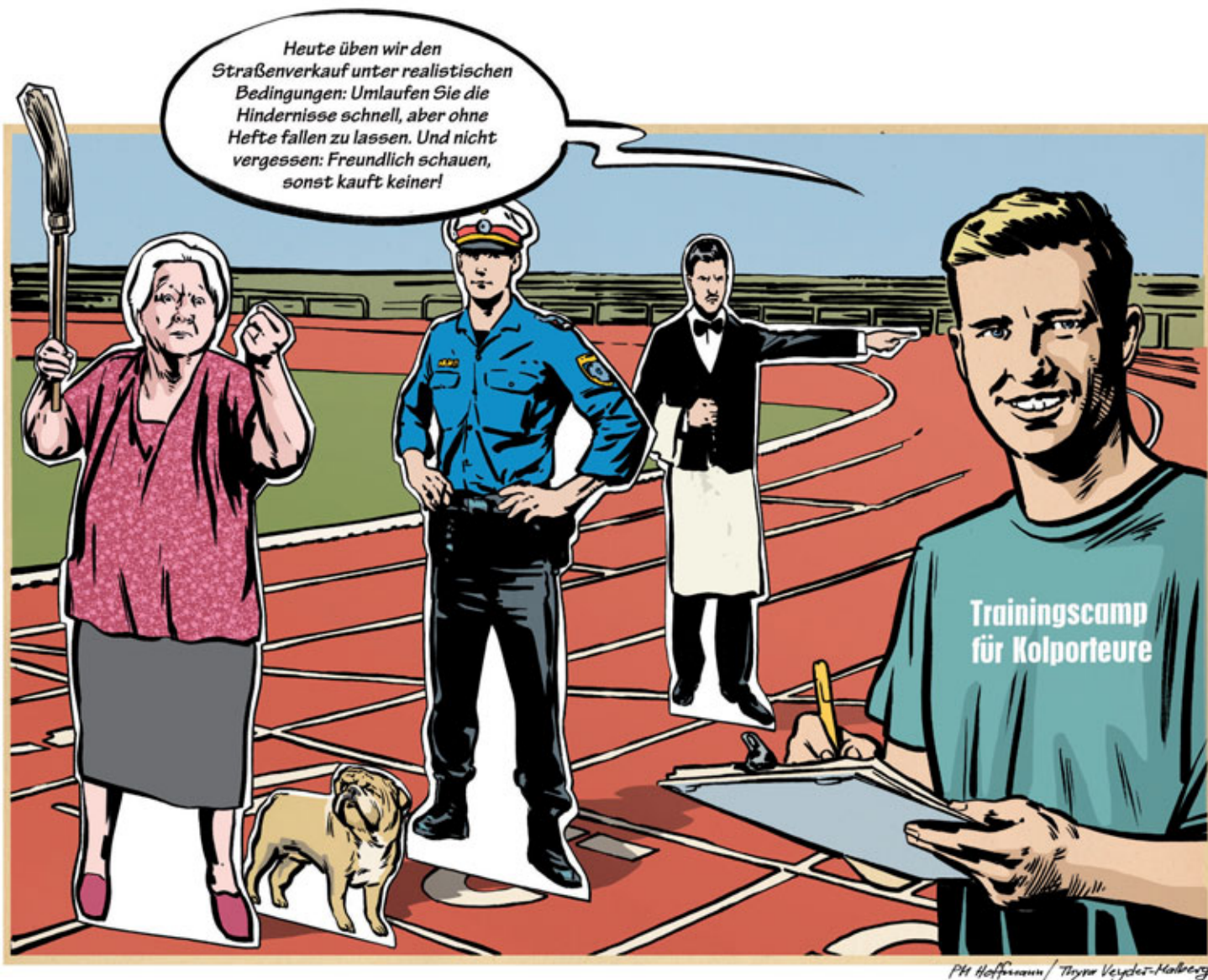
Magazin für Menschenrechte 2/2018, Juni bis August Herausgeberin: SOS Mitmensch, Zollegasse 15/2, A-1070 Wien, www.sosmitmensch.at



KOPFPORTAGE DAVON 1,25
EURO 2,50€

Was MO-KolporteurInnen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Illustration: P.M. Hoffmann

„Brennpunkt: Schule“: brauchen mehr Teamgeist.

Liebe Leserin Lieber Leser

Die Schule ist ins Gerede gekommen, dabei mischen sich Problematisierungen aller Art: Es wird von Gewalt berichtet, von Kindern, deren Deutschkenntnisse nicht für den Unterricht ausreichen und von muslimischen Mädchen, die ein Kopftuch tragen - was die schwarz-blaue Regierung in einem ersten Schritt verbieten will. Wieder wird viel über Kulturkreise diskutiert und wieder scheint es vor allem um soziale Probleme zu gehen. Ob die Regierung, etwa mit den separierenden Deutschklassen, die richtigen Ansätze wählt, ist umstritten. Wir haben zwei SchuldirektorInnen zum Gespräch gebeten, die aus ihrer Alltagspraxis und von ihren Lösungsansätzen berichten. Einig ist man sich darüber eher nicht. Wir haben bei der Rütli-Schule in Berlin/Neukölln nachgefragt, die von einer berüchtigten Problem- zur mustergültigen Vorzeigeschule wurde. Und wir haben uns am Schulhof umgehört, wie die Stimmung so ist. Das Ergebnis stimmt nachdenklich. Birgit Wittstock hat mit Jugendlichen, viele von ihnen mit migrantischen Wurzeln, gesprochen, die sich, obwohl in Österreich geboren, hier nicht angenommen fühlen. Ein Lagebericht, der nicht gerade optimistisch stimmt. Während an der Rütli-Schule die Stärken der Kinder betont und die Eltern eingebunden werden, ist in der öffentlichen Diskussion in Österreich von Teambuilding seltener die Rede. Integration, so scheint es, wird immer noch als Einbahnstraße verstanden. Während die Verantwortung oftmals an LehrerInnen delegiert wird, die mit persönlichem Einsatz gesellschaftliche Verwerfungen ausgleichen müssen.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell

INHALTSVERZEICHNIS



SchuldirektorInnen im Streitgespräch.
Foto: Karin Wasner



Die Enttäuschten: Lokalausweis an Wiener Schule.
Illu: P.M. Hoffmann



Zwei Kontinente und fünf Länder.
Foto: Kathrin Wimmer.

Einstieg

2 CARTOON

Superlauf mit dem MO-Magazin.

3 EDITORIAL

7 HANDLUNGSBEDARF

Der Sparkurs der Regierung wird uns teuer zu stehen kommen.

Kommentar: Alexander Pollak

Dossier: Brennpunkt: Schule

8 „WIR MACHEN DA KEIN GROSSES THEMA DRAUS“

Die SchuldirektorInnen Erika Tiefenbacher und Christian Klar im Gespräch über Deutschklasse, Kopftuch und Gruppenzwang.
Interview: Melisa Erkurt

13 FALSCHER WEG

Wie das selektive Schulsystem die Chancen von Kindern minimiert.
Kommentar: Daniela Egger, Evi Hagen, Simone Flatz

14 „ZURÜCKGESCHRAUBT WURDE GAR NICHTS“

Neun Fragen an Bundesminister Heinz Faßmann zu Deutschklassen, Ganztageschulen und Frühselektion.
Von: Alexander Pollak, Gunnar Landsgesell

16 DIE ENTÄUSCHTEN

Wie erleben die Jugendlichen den Alltag an einer Wiener Brennpunktschule? Text: Birgit Wittstock

19 BERLINER MUSTERKIND

Von der berühmten Problem- zur Vorzeigeschule. Die Rütli-Schule in Neukölln. Text: Milena Österreicher

22 KONNTEN SIE DEN JUDENSTERN NICHT ZUDECKEN?

Die Zeitzeugin Lucia Heilman trifft an einem BORG in Wien auf eine interessierte Klasse. Text: Gunnar Landsgesell

Welt

26 ZWEI KONTINENTE UND FÜNF LÄNDER

Über Masoumeh, eine afghanische Jugendliche im Traunviertel, ihre Pflegefamilie und die Freiwillige Feuerwehr.
Text: Kathrin Wimmer

30 WIR SIND KEINE LAISSEZ-FAIRE-ORGANISATION

NÖ-Landespolizeidirektor Konrad Kogler, über Rechtsstaatlichkeit und Ethnic profiling. Interview: Philipp Sonderegger

33 „ICH LACHE LIEBER ALS ZU WEINEN“

Zweites Leben: Der Schauspieler Samuel Koch, der seit einem Unfall querschnittgelähmt ist. Interview: Eva Maria Bachinger

33 IMPRESSUM

Rubriken

36 KOLUMNEN

Martin Schenk: Trickdiebe

Philipp Sonderegger: Die Kraft der Würde

Clara Akinyosoye: Wer ist denn Nelson Mandela?

36 QUALITÄTS- ODER DUMPINGSTRATEGIE?

Markus Marterbauer über die ökonomisch guten Startbedingungen der neuen Regierung. Was macht sie daraus?

38 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Diesmal: Ramadan - O'zapft is'!

Kolumne: Nour El-Houda Khelifi

39 SPOTLIGHT

Ex-Taekwondo-Weltmeister Ronny Kokert trainiert geflüchtete Männer und neuerdings auch Frauen.

Text: Evelyn Steinthaler

40 WIR SPAREN AM SYSTEM, NICHT AN MENSCHEN

Stephan Schulmeister kommentiert die Maßnahmen der Regierung.

42 MEDIEN

Bücher: Öko-Dschihad / Zenobia / Nichts, was uns passiert / Gelebt, erlebt, überlebt.

45 SOS MITMENSCH

Kunstauktion am 12. Juni

46 ANDERE ÜBER ...

Martin Amanshauser über die soziale Kompetenz an US-Schulen, die unseren Schulen fehlt.

Thomas Maurer

ZUKUNFT

Am 4., 5., 11. und 12. Juni im Kabarett Niedermair

Karten unter www.niedermair.at

„Die Zukunft“, wusste schon Karl Valentin, „ist auch nicht mehr, was sie mal war.“ Das kann sein. Kann aber auch nicht sein. Schlüpfzig ist die Zukunft jedenfalls. Was man aber sicher sagen kann: Das neue Programm von Thomas Maurer liegt in der Zukunft. Zumindest für alle, die es noch nicht gesehen haben.



© Ingo Pertramer

ERSTE 

Was zählt, sind die Menschen.

Unser Land
braucht Menschen,
die an sich glauben.

Und eine Bank,
die an sie glaubt.

#glaubandich

Brillen.manufaktur[®]



SCHAREN NET

1070 Wien, Neubaugasse 18 | Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr | Sa 10.00–17.00 Uhr | www.brillenmanufaktur.at

Die besten Seiten des Tages.

derStandard.at/Abo



DER STANDARD



Jederzeit kündbar –
mit SoftStorno



Das wahrscheinlich
flexibelste Abo der Welt



Das Wichtigste des Tages:
Qualität im Handformat

DIENSTAG, 24. OKTOBER 2017 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER

Mein Abo –
ganz wie Sie wünschen,
es geht um Sie

Österreich – Sie wollen Ihr Abo pausieren oder sich den STANDARD nachsenden lassen? Sie haben Wünsche oder Beschwerden zu Ihrem Abo oder zur Zustellung? Anregungen oder Fragen an die Redaktion? Wir sind für Sie da. Das STANDARD-Abonnement verbessert die Lebensqualität. Profitieren Sie von einer Vielzahl an Angeboten: Kunst & Kultur, Film & Kino, Schmack & Sinne, Genuss & Reisen, Umwelt & Nachhaltigkeit, Empfehlungen im Kunst- und Kulturbereich, Weinpakete, Hörbücher etc. Ihre Abovorteilskarte erhalten Sie beim Abostart mit der Post. Alle aktuellen Abovorteile finden Sie laufend im STANDARD und auf derStandard.at/Abovorteil. Peter Mayr ist Ihr Ansprechpartner für Wünsche, Anregungen, Lob und Beschwerden aller Art und beantwortet Leserbriefe. Er ist per E-Mail an [peter.mayr@derStandard.at](mailto: peter.mayr@derStandard.at) oder telefonisch erreichbar.



Leserbeauftragter Peter Mayr ist Ihr Ansprechpartner für Wünsche, Anregungen, Lob und Beschwerden aller Art und beantwortet Leserbriefe. Er ist per E-Mail an [peter.mayr@derStandard.at](mailto: peter.mayr@derStandard.at) oder

Seriös, unabhängig, unbeugsam

Profitieren Sie von einer Vielzahl an Abovorteilen

Die Zeitung für Leserinnen und Leser im Abo

DER STANDARD verbessert
Ihre Lebensqualität

Weidlegg – Das Handformat macht mit der Aktion „Jetzt 3 Wochen gratis testen“ derzeit von sich reden. Max Manus, Österreichs führender Hersteller von Handtellern in Originalgröße, bezichtigt den STANDARD, seine Kompakt-Ausgabe im Handformat in Anlehnung an seine linke Hand gestaltet zu haben. Eine Klage wird in zweiter Instanz in Erwägung gezogen. In erster Instanz ist sie bereits abhandlungsbekommen. Derzeit geht man in belebten Kreisen davon aus, dass das Handformat an sich wohl schon fast so alt ist, wie die Hand selbst – oder doch so alt wie das beliebte Gesellschaftsspiel „Schere, Stein, Papier“, in dem jedes Handformat ein anderes schlägt. Wenn

ten einer gewissen Qualitätszeitung – Name der Redaktion bekannt – sind. Nimm das, Max Manus!
Als Nachtrag mag an dieser Stelle noch angeführt werden, dass sich das Handformat entgegen der Vermutung der Argwohn nicht im Inhalt unterscheidet, sondern lediglich im Umfang. Das bedeutet, dass keine Kürzung der einzelnen Artikel zu erwarten ist, sondern eine Auswahl von Artikeln in voller Länge, was eine rasche Informationsaufnahme aus erster oder doch wenigstens zweiter Hand ermöglicht. Dass über diese Selektion im Sinn der LeserInnen hinaus auch noch ein Klatsch über das Handformat zum

KLASSIK

Der perfekte Start in den Tag: DER STANDARD im Abo. Holen Sie sich das große Lesevergnügen inklusive vieler Beilagen frei Haus. Welttoffen, kritisch, unabhängig.

Der Haltung gewidmet.

derStandard.at

DER STANDARD



HANDLUNGSBEDARF

Teures Schrumpfen

Die Regierung will, dass weniger Steuern bezahlt werden und feiert das als „Entlastung“. Doch das schrumpfende Gemeinwesen kommt vielen Menschen teuer zu stehen.

Kommentar: Alexander Pollak

„Wir wollen die Abgabenquote senken.“ „Wir sparen beim System, nicht bei den Menschen.“ „Wir wollen einen schlanken Staat.“ An griffigen Slogans mangelt es der Regierung nicht, um ihre Steuerpolitik zu rechtfertigen. Doch für jeden dieser Slogans muss jemand teuer bezahlen. Eine Senkung der Abgabenquote bedeutet, dass der Staat weniger einnimmt und unser Gemeinwesen schrumpft. Es stehen damit weniger Mittel zur Verfügung, um Gesundheit, Bildung, Pensionen, Sozialausgaben, öffentlichen Verkehr oder rechtsstaatliche Einrichtungen finanzieren zu können. Aus dem von der Regierung gelobten „schlanken Staat“ wird dann sehr rasch ein schrumpfender Staat, der sich aus immer mehr Bereichen des Gemeinwesens zurückzieht.

So hat die Regierung beispielsweise beschlossen, sich aus Teilen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der überbetrieblichen Lehrlingsförderung zurückzuziehen. Sie verringert darüber hinaus das Personal in der Justiz. Sie „verschlankt“ die Frauenförderung. Sie kürzt bei der Kinderbetreuung und bremst den Ausbau von Ganztageschulen. Infrastrukturprojekte werden auf Eis gelegt. Die Regierung stellt Integrationsprogramme ein, fährt die Schulsozialarbeit zurück, streicht Ausbildungsgarantien und so fort.

Zur amorphen Systemmasse erklärt

Das schrumpfende Gemeinwesen trifft nach und nach einen sehr großen Teil der Bevölkerung, aber unmittelbar und sofort trifft es die Menschen, die auf direkte staatliche Unterstützung angewiesen sind, um ihren Alltag menschenwürdig bewältigen zu können. Diejenigen, die am wenigsten haben, müssen für die groß gefeierte „Entlastung“ am teuersten bezahlen. Diese unmittelbar betroffenen Frauen, Männer und Kinder will die Regierung unsichtbar machen. Dafür soll der Slogan sorgen, der davon spricht, dass „wir beim System sparen, nicht bei den Menschen“. Den Betroffenen von staatlichen Transfer-Schrumpfungsmaßnahmen, wie etwa der Kürzung der Mindestsicherung oder der Abschaffung der Notstandshilfe, wird de facto das Menschsein abgesprochen – sie werden zu einer amorphen Systemmasse erklärt, von der man ruhig ein paar Stücke wegschneiden kann.

Ganz besondere Nichtmenschen sind in der Rhetorik der Bundesregierung Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Diesen wird das Stigma angehängt, nicht nur „Systemelemente“ zu sein, sondern noch dazu einem „fremden System“ anzugehören und eigentlich nichts in Österreich verloren zu haben.

Wer nicht die österreichische Staatsbürger-

schaft besitzt, wird sprachlich exterritorialisiert, auch dann, wenn er oder sie schon längst integraler Bestandteil Österreichs ist. Fast 1,5 Millionen Menschen sind von dieser Ausgrenzungsrhetorik betroffen. Von der Größenordnung entspricht das dem Bevölkerungsteil der Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Burgenland, um den die Regierung das Land sprachlich schrumpfen lässt.

Abgaben und Steuern mögen als lästig empfunden werden, doch in ihrer Gesamtheit sind sie keine Last, sondern ein Segen. Auch wenn hier lebende Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft – ebenso wie Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft – den Staat vor schwierige Aufgaben stellen können, so sind sie doch ein wichtiger Teil der Bevölkerung. Ohne sie ist das Gemeinwesen in Österreich undenkbar.

Sowohl der Abgabensegen als auch die Menschen, die hier unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft leben, machen Österreich zu einem der lebenswertesten Länder dieser Erde. Wir sollten uns das weder rhetorisch noch faktisch wegschrumpfen lassen.



Illustration: Petja Dimitrova



„WIR MACHEN DA KEIN GROSSES THEMA DRAUS“

„Ich muss mich immer ärgern, wenn ich ihn in den Medien sehe“, sagt Erika Tiefenbacher über ihren Kollegen Christian Klar und grinst. Sie leitet die NMS Schopenhauerstraße im 18. Bezirk, er die NMS Deublergasse in Floridsdorf. Ein Streitgespräch über das Kopftuchverbot, separate Deutschklassen und SchulschwänzerInnen sowie den richtigen Umgang mit Problemen.

Interview: Melisa Erkurt
Fotos: Karin Wasner

Bevor wir anfangen, eine Frage vorab: Kriegen Sie Ärger von oben, wenn Sie sich in unserem Gespräch kritisch äußern?

Christian Klar: Stadtschulratspräsident Heinrich Himmer ist ein sehr offener Gesprächspartner. Früher war das sicher schwieriger, aber spätestens seit Czernohorsky ist das lockerer geworden. Ich äußere mich ja oft kritisch in den Medien, bisher gab es keine Konsequenzen.

Dann fangen wir doch gleich mit dem derzeit emotional aufgeladesten Thema rund um Schule an: Das Kopftuchverbot an Kindergarten und Volksschule. Wie stehen Sie dazu?

Erika Tiefenbacher: Ich finde das Verbot an Kindergärten und Volksschulen gut. Dass so junge Mädchen Kopftuch tragen müssen, steht nicht im Koran. Das deutet auf fundamentalistische Eltern hin, die das den Kindern aufzwingen.

Klar: Ich bin für ein Kopftuchverbot während der gesamten Pflichtschulzeit. Der Großteil der Mädchen trägt es wegen dem Gruppendruck, nicht weil es die Eltern wollen. Ich erlebe oft, dass die Eltern gar nicht wollen, dass ihre Töchter Kopftuch tragen, weil sie wissen, dass sie ohne bessere beruf-

ICH FINDE LIEBER GLEICH LÖSUNGEN, STATT MIT DEN PROBLEMEN AN DIE MEDIEN ZU GEHEN. E. TIEFENBACHER

lichen Chancen hätten. Aber die Mädchen wollen es tragen, weil sie glauben, dass sie sonst von muslimischen Gleichaltrigen ausgelacht oder belästigt werden.

Frau Tiefenbacher, sind Sie auch für ein Kopftuchverbot für 10- bis 14-Jährige?

Tiefenbacher: Ich würde es an der NMS akzeptieren, aber ich mische mich nicht gerne

ein. Es gibt an unserer Schule Mädchen, die tragen ein Kopftuch, andere legen es wieder ab – wir machen da kein großes Thema draus.

Ist es denn überhaupt so ein großes Thema? Wie viele Mädchen tragen an Ihrer Schule Kopftuch?

Tiefenbacher: Circa 20 Prozent.

Klar: Bei uns sind es weniger. Ungefähr zwei bis drei pro Klasse.

Tiefenbacher: Das finde ich spannend. Bei dir gibt es weniger Kopftuchträgerinnen, aber mehr Probleme als bei mir an der Schule. Ich glaube, das liegt daran, dass du es zum Thema machst. Ich finde lieber gleich Lösungen, statt mit den Problemen in die Medien zu gehen. Neulich wollte ein muslimisches Mädchen nicht mitturnen, weil sie meinte, ihr T-Shirt wäre zu kurz, daraufhin habe ich ihr einfach ein längeres gegeben und sie hat mitgeturnt: Problem gelöst.



„Wenn man Haltung zeigt, wird man oft ins rechte Eck gestellt.“

Klar: Ich suche auch Lösungen, ich mache aber die Probleme klar, damit auch der Stadtschulrat sieht, dass es welche gibt und handeln kann. Wir haben mit muslimischen SchülerInnen nicht täglich Probleme, aber die Einzelfälle, die die Haltung der Kinder zeigen, werden über die Jahre gesehen mehr. Vor allem der Gruppendruck wird stärker und das bespreche ich. Beim Schulpicknick haben wir zum Beispiel an alle SchülerInnen Jausensackerl verteilt. Plötzlich hat einer „haram“ (*Anm: im Islam verboten*) geschrien und dann haben auf einmal alle „haram“ gerufen und keiner wollte die Jause mehr essen. Wenn einer sich dafür entscheidet, die Jause nicht zu essen, ist das okay, aber er soll keinen Druck auf die anderen ausüben.

Tiefenbacher: Das sind aber Einzelfälle. In 14 Jahren hatte ich einen Fall, und der ist schon Jahre her, wo ein Schüler den anderen gesagt hat „Du bist nur dann ein guter Moslem, wenn du das und jenes tust.“ Anstatt

Verbote aufzustellen, sollte man mit denen reden, die Druck ausüben. Wir kriegen das Kopftuch nicht aus dem Straßenalltag raus. Wenn die Schule ein geschützter Raum wird, wo niemand mehr Kopftuch trägt, wie

DIE MUSLIMISCHEN BURSCHEN SIND SEHR HOMOPHOB. C. KLAR

sollen die Jugendlichen dann draußen akzeptieren, wenn andere Kopftuch tragen? Wir müssen sie zur Toleranz erziehen.

Würde ein Verbot nicht auch dazu führen, dass muslimische Mädchen in private islamische Schulen gehen würden?

Klar: Das ist keine schlechte Lösung. Wenn man sich so von den anderen unterscheidet, soll man in private islamische Schulen gehen. Es würde ihnen in der öffentlichen Schule auch nicht gut gehen. Dafür

gibt es private Schulen. Ich habe selbst eine Zeit lang an einer privaten jüdischen Schule unterrichtet. Öffentliche Schulen sollten ein religionsfreier Raum sein.

Tiefenbacher: Aber die Mädchen werden damit doch von der Öffentlichkeit ferngehalten. Man hat immer Angst vor dem, was man nicht kennt. Die Fremdenfeindlichkeit würde zunehmen, die Leute würden sich fragen: „Was machen sie in ihren Privatschulen, hinter verschlossenen Türen?“

Klar: Ich glaube nicht, dass es viele wären, die in eine private islamische Schule gehen würden. Der Großteil würde sich bei einem Verbot an die Regeln halten und froh sein, den Druck ein Kopftuch tragen zu müssen, losgeworden zu sein. Man kann nie mit allen solidarisch sein. Ich bin lieber solidarisch mit den liberalen Muslimen und halte sie von dem Druck der Konservativen fern.

Tiefenbacher: Mir steht es da nicht zu, zu urteilen. Mir fehlt bei den Muslimen der Einblick. Ich weiß nicht, wer da die Guten und die Schlechten sind. Ich versuche die SchülerInnen zu Toleranz zu erziehen und ihnen beizubringen, dass ein Kopftuch kein Kriterium dafür sein darf, wie man jemanden einschätzt.

Am 16. Mai beginnt der Fastenmonat Ramadan. Wie gehen sie mit fastenden SchülerInnen um?

Klar: Wir stimmen unseren Jahreskalender darauf ab, also so, dass der Fastenmonat nicht auf das Sommerfest oder den Schulball fällt, weil wir wollen, dass alle kommen. Bei Projekttagen versuchen wir gemeinsam mit dem Islam-Lehrer den Eltern und SchülerInnen zu erklären, dass man auf Reisen laut Koran nicht fasten muss. Man merkt allerdings, dass die, die fasten, in der Schule sehr müde und nicht so leistungsfähig sind. Da gibt es bei Schularbeiten auf einmal große Leistungsunterschiede. Aber wenn sich jemand individuell entscheidet zu fasten, ist das für mich okay. Andere dürfen aber nicht als Weichlinge dargestellt werden, wenn sie nicht fasten. Auch hier ist der Gruppendruck hoch. Viele fasten, weil sie nicht wollen, dass die anderen sie schief anschauen.

Tiefenbacher: Es ist der persönliche Ehrgeiz der Kinder zu fasten. Sie werden nicht von den Eltern gezwungen. Ich muss akzeptieren, wenn die Kinder dann nicht auf Projekttag mitgehen.

Klar: Man muss das nicht akzeptieren. Ich habe lange gebraucht, um diese konsequente Haltung selbstbewusst zu vertreten. Vor



„Du bringst Ausnahmesituationen derart plakativ, dass ganz Wien Angst bekommt.“

Jahren hat sich eine Schülerin von mir vollverschleiert. Ich habe zunächst beim Stadtschulrat versucht, Unterstützung zu holen, aber keine Antwort bekommen. Irgendwann habe ich mit ihrem Vater gesprochen. Der wusste nicht einmal, dass seine Tochter vollverschleiert war und war mir dankbar, dass ich ihm das gesagt habe. Aber wenn man Haltung zeigt, wird man oft ins rechte Eck gestellt.

Tiefenbacher: Das stimmt nicht. Du bringst Ausnahmesituationen derart plakativ, dass sich dann ganz Wien darüber das Maul zerreißt und alle Angst bekommen. Ich habe in 14 Jahren ein einziges Mädchen gehabt, das darauf bestanden hat, dass es in der Schule beten darf. Das war schon das Außergewöhnlichste Muslime betreffend.

Also gibt es eigentlich gar keine Probleme mit muslimischen SchülerInnen?

Klar: Bei uns schon. Zum Beispiel den extremen Antisemitismus muslimischer Schü-

lerInnen. Ein muslimisches Mädchen hat sich geweigert, das Wort „Judentum“ in den Mund zu nehmen, weil es unrein sei. Und die muslimischen Burschen sind sehr homophob.

ALLE BURSCHEN ZWISCHEN ZEHN UND VIERZEHN FINDEN HOMOSEXUALITÄT PFUI. E. TIEFENBACHER

Tiefenbacher: Alle Burschen zwischen zehn und vierzehn finden Homosexualität pfui. Das hat nichts mit Muslimen zu tun. Als Conchita Wurst den Songcontest gewonnen hat, haben alle SchülerInnen darüber diskutiert. Man muss diese Anlässe dazu nehmen, um mit den SchülerInnen über diese Themen zu diskutieren. Das gehört aber nicht gleich in den Medien thematisiert, das sind schließlich nur Ausnahmen. Schlägereien dürfen auch nicht sein, aber wenn sie vereinzelt passieren, bringt man

die nicht gleich in die Medien. Da sagt man: „Das ist nun leider einmal passiert und aus.“ Ausnahmen, Muslime betreffend, werden sofort ausgehängt.

Klar: Man kann es bei sich lassen oder öffentlich thematisieren, in der Hoffnung, dass Regelungen kommen, die LehrerInnen da entlasten.

Eine Regelung kommt ja nun fix: eine Mindeststrafe von 110 Euro für das Schulschwänzen. Wie finden Sie das?

Klar: Erziehung funktioniert mit Strafe und Konsequenzen. Wenn überall in der Klasse Sonnenblumenkerne herumliegen, ist es angebracht, dass man von den Kindern, die den Schmutz verursacht haben, verlangt, das zu reinigen.

Tiefenbacher: Das kannst du ja. Dafür brauchst du keine Regelung. Da hole ich mir die Eltern und sage ihnen, was ihr Kind gemacht hat. Die haben mir bisher immer ihr Einverständnis gegeben und das Kind musste als Konsequenz putzen oder nachsitzen.

Klar: Ein kleiner Teil der Eltern sagt dann aber, mein Kind darf nicht bestraft werden. Da hast du dann das Gesetz.

Tiefenbacher: Das ist so selten der Fall. In 14 Jahren hatte ich noch nie Eltern, die mir bei einer Konsequenz nicht ihr Einverständnis geben wollten.

Klar: Ich wünsche mir einfach Rückhalt vom Gesetz.

Tiefenbacher: Dem Kind ist das wurscht, ob ein Gesetz dahinter steht. Es geht darum, wie ich als Direktorin mit diesen Situationen umgehe. Das Kopftuchverbot und die Schulschwänzer-Strafen sind nur ein Ablenken von den tatsächlichen Problemen. Wie viele Probleme haben wir mit Schulschwänzen tatsächlich? Ich habe zwei SchulschwänzerInnen in der ganzen Schule.

Klar: Ich habe fünf bis zehn.

Tiefenbacher: Wir fangen am falschen Ende an. Wieso reden wir über das Schulschwänzen und nicht darüber, wie sich die Regierung die Deutschklassen vorstellt? Wie werden wir das organisieren? Ich hätte gerne eine Prioritätenliste der Themen, die von der Regierung aufgrund der Aktualität besprochen werden.

Klar: Dass wir noch nicht wissen, wie das mit den Deutschklassen gelöst wird, ist ein Riesenproblem. Das heißt aber nicht, dass Schulschwänzen nicht existiert. Für die zehn SchulschwänzerInnen an meiner Schule würde ich gerne einen neuen Versuch schaffen, damit sie regelmäßig in die Schule kommen.



„Die Gesamtschule ist politisch für die nächsten Jahre gelaufen.“ (Erika Tiefenbacher)

Was steht denn auf Ihrer Prioritätenliste?

Tiefenbacher: Eine Quote für außerordentliche SchülerInnen (*Anm: SchülerInnen, die noch nicht ausreichend Deutsch beherrschen, um benotet zu werden*) an Gymnasien. Ich habe in der Klasse zwölf Kinder, die in der ersten Klasse außerordentlich waren, da fällt die Integration schwer. Ich hätte gerne die Diskussion darüber, wieso die Konzentration an manchen Schulen so hoch ist.

Wären Deutschklassen für eben diese außerordentlichen SchülerInnen eine gute Lösung?

Tiefenbacher: Nein, das hat man schon bei den Flüchtlingsklassen gesehen. Die Kinder sind unter sich geblieben und ihre Deutschfortschritte waren minimaler als bei denen, die Deutschkurse besucht haben und immer wieder in ihren Stammklassen unterrichtet worden sind. Die Deutschklassen sind nicht durchdacht, die SchülerInnen sollen nach einem halben Jahr in die Stammklassen zurückgeführt werden, aber die Klassen sind da ja schon voll.

Klar: Ich sehe das anders. Ich habe selbst so etwas wie Deutschklassen geschaffen, indem ich Sprachkurse zusammengelegt habe und in den Stammklassen Plätze für diese Kinder freigehalten habe. Ein halbes bis ein Jahr in einer Deutschklasse zahlt sich aus.

Kinder lernen die Sprache auch über soziale Kontakte. Wären Ganztagschulen da nicht eine bessere Lösung?

Klar: Ganztagschulen wären ein wichtiger Schritt für Kinder, die nicht so gut Deutsch können. Derzeit geht es aber in die falsche

Richtung und macht den Spalt nur größer. Da die Ganztagschule aktuell etwas kostet, besuchen sie Kinder, die aus sozial besseren Verhältnissen kommen und deren Eltern sich das leisten können. Die, die eine Ganztagsbetreuung eigentlich dringend brauchen, können sich diese nicht leisten. Die Ganztagschule müsste kostenlos sein.

Jetzt sind außerordentliche SchülerInnen nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Kinder, die hier geboren und aufgewachsen sind. Wie kommt es zu den Sprachdefiziten bei diesen Kindern?

Tiefenbacher: Wir müssen mehr Ressourcen in die Volksschulen stecken. Wenn die Kinder lesen, schreiben und rechnen können,

profitieren wir alle davon. VolksschullehrerInnen sollten zu zweit arbeiten. Derzeit bekommen die LehrerInnen Druck von engagierten Eltern, die ihre Kinder unbedingt an die AHS schicken wollen. Die Lehrperson fördert diese Kinder dann besonders, weil sie Druck von den Eltern bekommt. Deshalb kann sie aber die Defizite der schwachen SchülerInnen nicht nachholen, deren Eltern eben nicht dahinter sind und keinen Druck machen.

Klar: Ich bin fürs Wiederholen der Schulklassen in der ersten Schulstufe, aber nicht mehr in der dritten und vierten Klasse. Da werden nur überaltrige Kinder produziert.

In der Ersten wird die Basis gelegt. Wenn sie das nicht verstehen, müssen sie die erste Klasse Volksschule eben wiederholen, ansonsten werden sie den Stoff nicht mehr aufholen können.

Wäre eine Gesamtschule hier der richtige Weg, da würde der AHS-Druck erst mal wegfallen?

Tiefenbacher: Darüber brauchen wir nicht diskutieren. Die kommt sowieso nicht. Die Gesamtschule ist politisch für die nächsten Jahre gelaufen.

Was würden Sie sich denn von der Bildungspolitik wünschen?

Tiefenbacher: Die versprochene Schulautonomie.

Klar: Genau. Aber nicht die, die in der Bildungsreform steht, sondern die richtige, die bei DirektorInnen, LehrerInnen und Kindern ankommt. Derzeit ist es so, dass zum Beispiel Suspendierungen von der Schule nur beantragt werden können, entschieden wird darüber von der zuständigen Pflichtschulinspektorin. Auch die Einteilung von Gruppen oder Doppelbesetzungen (Team-Teaching) ist größtenteils vorgegeben. Das könnte man vertrauensvoll den Standorten selbst überlassen.

Wenn Sie unzufrieden sind, wieso gehen Sie nicht auf die Straße und streiken?

Tiefenbacher: Wenn wir streiken, heißt es wieder: „Die faulen Lehrer!“

Klar: Man glaubt den Lehrern nicht, dass sie sich für die Sache einsetzen. Der Großteil wird Lehrer, weil er das Beste für die Kinder will. Würden wir streiken, würden es heißen „na schon wieder die Lehrer“.

Tiefenbacher: Außerdem, wogegen sollen wir streiken? Wir wissen ja noch nicht einmal, was das nächste Schuljahr offiziell bringt. Die neue Regierung redet viel, aber es ist zu uns noch nichts Offizielles durchgedrungen. Kommen tatsächlich so viele Veränderungen? Es heißt, der Integrationsstopp wird gestrichen, aber ich weiß nur, dass er noch bis zum 30. Juni da ist. Wie es weitergeht, wissen wir nicht. Bei wem sollen wir uns dann überhaupt aufregen?

Melisa Erkurat ist Chefreporterin und Chefin vom Dienst beim transkulturellen Magazin „biber“. Im Rahmen des Schülerprojekts „Newcomer“ beschäftigt sie sich schon länger mit Jugendlichen an so genannten Brennpunktschulen.

BILDUNGSREFORM

Falscher Weg

Wir erleben eine „Bildungs-Chancen-Abschneiderei“ in Österreich.

Kommentar: Daniela Egger, Evi Hagen und Simone Flatz von PRIM



Die Pläne der separaten Deutschklassen sorgen zunächst bei vielen Menschen für Zustimmung – bei Menschen, die den Alltag an der Schule nicht kennen und nicht wissen, was Ausgrenzung in einem Kind bewirkt. Niemand bestreitet, dass es Sinn macht, wenn Kinder die Unterrichtssprache beherrschen. Dass sie diese aber unter den einheimischen Kindern im Klassenverband schneller erlernen, liegt auf der Hand. Deutsch-Förderklassen sind sinnvoll, als zusätzliches Angebot nach dem Unterricht. So kann sich ein Kind in die Klassengemeinschaft integrieren, westliche Werte lernen und rasch in die Sprache finden. Es aus dem Unterricht herauszunehmen, in isolierte Klassen zu stecken und zu erwarten, dass so Integration stattfindet, ist absurd.

Das ist nur ein Beispiel unter vielen, das deutlich macht, wie wenig die amtierende Regierung von Bildung versteht. Auch die Wiedereinführung der Ziffernnoten in der Volksschule ist unsinnig. Gerade eben wurde erreicht, dass alternative Beurteilungsformen ohne bürokratisches Prozedere umgesetzt werden können. Wertschätzende Feedbackgespräche führen zu besserer Orientierung, bei Kind und Eltern. Ziffernnoten machen keinen Sinn, sofern konsequent individualisiert wird, stattdessen fördern sie wieder nur das Konkurrenzdenken.

Doch Individualisierung im Unterricht ist mit den Plänen der Regierung kaum aufrecht zu halten. Gute PädagogInnen wissen,

dass Leistung durch gezielte Förderung jedes einzelnen Kindes erreicht wird – und nicht durch eine Gleichmacherei, wie sie die geglaubt überholten, konservativen Strukturen nun wieder einbetonieren wollen!

Selektives Schulsystem zementiert

Der geplante Neubau von weiteren AHS-Unterstufengymnasien schwächt die Mittelschule und zementiert das selektive Schulsystem, ganz zu schweigen von der geplanten Installation einer Hochbegabten-Schule in jedem Bundesland. Dasselbe beim Thema Inklusion: Sie wendet sich der Vielfalt aller Menschen positiv zu, Besonderheiten und kulturelle Unterschiede werden heute schon in vielen Klassen ganz selbstverständlich gelebt. Durch den Erhalt und die Stärkung der Sonderschule und der AHS-Unterstufe wird dieser Prozess jedoch untergraben, wenn nicht sogar gestoppt.

In Vorarlberg existiert ein (beinahe einstimmiger) Regierungsbeschluss für die Gemeinsame Schule bis 14 Jahre. Es liegt eine aufwändige wissenschaftliche Studie vor, die die Grundlage für diesen Beschluss bildete. Die Ergebnisse weisen in eine pädagogisch fundierte Richtung und waren Anlass zur Hoffnung. Wir möchten die Landesregierung bestärken und auffordern, die beschlossene Umsetzung der Modellregion Vorarlberg weiter zu betreiben.

Grundsätzlich entspricht die Haltung der Bundesregierung veralteten Strukturen, sie verzichtet auf den Dialog und erteilt An-

weisungen von oben nach unten. Diese Zeiten sind zumindest innerhalb der meisten Schulen glücklicherweise vorbei, in den Klassen werden die Erfahrungen anderer respektiert und bei Konflikten wird der Dialog gesucht. Die Rückwärtsgewandtheit der Regierung kostet viel Geld, viele Chancen, viele Jahre engagierter Arbeit.

In dieselbe Richtung zielen andere Maßnahmen, z.B. die Kürzung der Mindestsicherung, die Streichung der Aktion 20.000, die Ghettoisierung von Asylsuchenden und ähnliche Ideen – all das grenzt Menschen aus, Menschen jeglicher Herkunft.

Diese Signale aus der Regierung greifen stark in die tägliche Arbeit an den Schulen ein, auf höchst negative Weise. PädagogInnen bemühen sich Tag für Tag in den Klassengemeinschaften darum, ein Miteinander, Toleranz und Respekt füreinander zu leben. In einer sich stark verändernden Welt liegt in der Sozialkompetenz der Kinder die Zukunft unserer Gesellschaft, und wir erwarten von einer Bundesregierung die Unterstützung dieser wertvollen Arbeit an den Schulen.

PRIM, die Vorarlberger Plattform für reformpädagogische Initiativen & Mehr, setzt sich seit zehn Jahren für eine chancengerechte, gemeinsame und inklusive Schule ein. Mit einer Demonstration in Bregenz machte die Plattform kürzlich auf die Pläne der Regierung im Bildungs- und Sozialbereich aufmerksam.

Die Deutschförderung für jene Kinder, die nicht in separaten Deutschklassen sind, soll von elf auf sechs Stunden reduziert werden. Sie argumentieren, dass die elf Stunden nur auf dem Papier existiert haben, was Landes Schulräten jedoch bestreiten. Warum überhaupt die Reduktion der Deutschförderung?

In den Deutschförderkursen kommt es zu einer Reduktion im Vergleich zu den derzeitigen Sprachförderkursen von elf auf sechs Stunden. Dagegen wird das Ausmaß der Deutschförderung in den Deutschförderklassen im Vergleich zu den bisherigen Sprachstartgruppen von elf auf 15 Stunden (bzw. 20 Stunden in der Sekundarstufe 1) erhöht. Von einer pauschalen Reduktion der Deutschförderung kann daher nicht gesprochen werden.

Eine Kritik am Modell der separaten Deutschklassen lautet, dass Kinder dadurch ein bis zwei Schuljahre verlieren. Was können Sie nicht-deutschsprachigen Eltern, die nur über geringe finanzielle Mittel und keinen hohen Bildungsabschluss verfügen und die nicht wollen, dass ihr Kind diese Zeit verliert, anbieten?

Wir haben in Österreich seit langem ein verfestigtes Kompetenzproblem im Bereich der Unterrichtssprache Deutsch. Rund 20 Prozent eines Altersjahrgangs sind außerordentliche Schüler, sie werden nicht benotet und steigen nur in Ausnahmefällen auf. Das „Verlieren“ von Schuljahren ist derzeit leider Realität, ein einfaches „Weiter-so“ erscheint mir nicht zielführend. Empfehlen kann ich die rasche Implementierung des Modells der Deutschförderklassen, aber auch das Lernen außerhalb des Schulgebäudes über kostenfreie Lernprogramme oder die Inanspruchnahme zivilgesellschaftlicher Aktivitäten.

Die frühkindliche Förderung ist ein wichtiges Thema, welche Maßnahmen sind in diesem Bereich geplant?

Die sprachliche Frühförderung ist enorm wichtig und wird auch bei den Verhandlungen zur nächsten Bund-Länder-Vereinbarung mit den Ländern eine Rolle spielen. Die Frage eines zweiten Gratis-Kindergartenjahres wird mit dem Familienressort und nicht zuletzt auch mit dem Finanzressort diskutiert.



Bildungsminister Heinz Faßmann

Zum Thema Ganztagesunterricht: Gerade der verschränkte Ganztagesunterricht sowohl im Kindergarten als auch in der Schule ist ein wichtiges Element, um Spracherwerb zu fördern. Warum soll die Finanzierung des Ausbaus von Ganztageskindergärten und Ganztagesesschulen gestreckt und damit de facto zurückgeschraubt werden?

Zurückgeschraubt wurde hier gar nichts, wir haben lediglich den Zeitplan geändert. Und das aus einem simplen Grund: Die Länder, die für den Schulausbau verantwortlich sind, haben die Förderungen nicht abgeholt, der Fördertopf wurde nicht ausgeschöpft. Wir haben also unseren neuen Zeitplan dem tatsächlichen Bedarf angepasst. Auch deshalb, damit keine Mittel verfallen und die Länder mehr Zeit haben, diese Anschubfinanzierung zu nützen.

Konsens gibt es unter den LehrerInnen und gewerkschaftlichen Vertretungen darüber, dass mehr Unterstützungspersonal an Schulen benötigt wird. Insbesondere die SchulsozialarbeiterInnen betreffend. Warum soll gerade in diesem Bereich gekürzt werden?

Im Bereich der Schulsozialarbeit wird mein Ressort durch Umschichtungen bis zum Ende des Schuljahres 2018/2019 in der Lage sein, einen Teil der bestehenden Programme weiterzuführen. Darunter fallen etwa Mobile interkulturelle Teams. Diese Ressourcen fallen also nicht schlagartig

weg, aber es gilt dennoch das Problem substantiell zu lösen. Und dabei ist auch eine Klarstellung notwendig: Die Finanzierung des Unterstützungspersonals wie Schulsozialarbeiter ist die Aufgabe der Schulerhalter und damit der Länder im Bereich der Pflichtschule. Außerdem ist eine klare Beschreibung der Aufgaben der begleitenden Schulsozialarbeit nötig. Darüber existieren sehr unterschiedliche Vorstellungen.

Welche Schritte wollen Sie setzen, damit alle jungen Asylsuchenden und Asylberechtigten, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter sind, einen Bildungsplatz erhalten? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auch junge Asylsuchende, deren Verfahren ja oft mehrere Jahre dauern, von der Ausbildungspflicht erfasst werden?

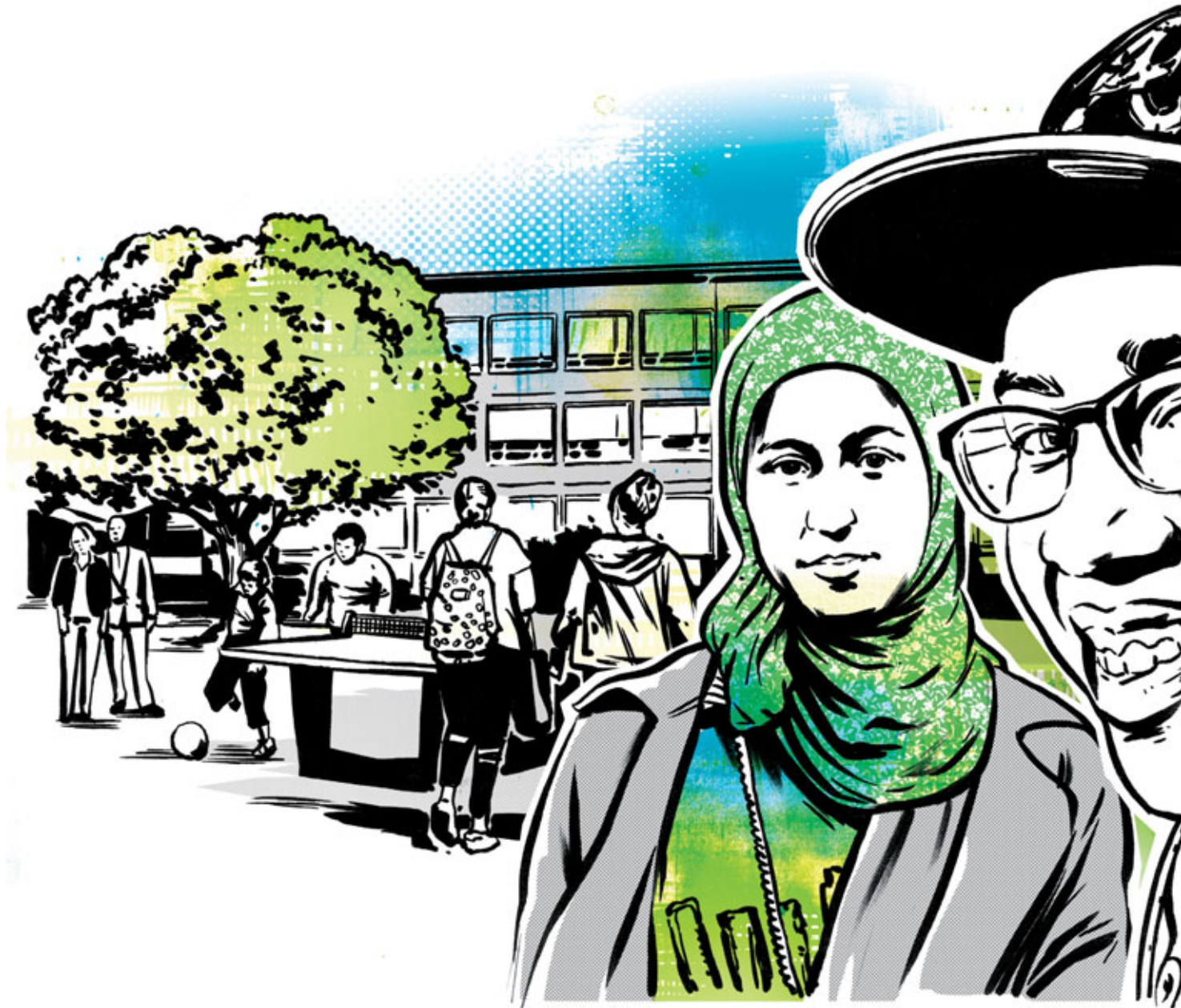
Wie im Regierungsprogramm vorgesehen, werden wir an einer Bildungspflicht arbeiten. Dabei ist es wichtig, dass die Steigerung des Anteils an Pflichtschulabsolventinnen und -absolventen angestrebt wird. Im Zusammenhang mit der Bildungspflicht werden wir ein Konzept erarbeiten, wie diese mit der Ausbildungspflicht Hand in Hand gehen kann und wie bestimmte Zielgruppen erfasst werden sollen.

Werden Sie die so wichtigen Übergangsgänge für junge Asylsuchende und Asylberechtigte an AHS und BMHS ausreichend finanzieren, damit sie auch im Schuljahr 2018/19 fortgeführt werden können?

Nach dem momentanen Stand laufen diese Lehrgänge gemeinsam mit dem Ende des Integrationstopfes III aus. Wir sind bemüht, durch Umschichtungen einen weiteren Erhalt zu ermöglichen.

Sie sagen, Sie wollen Schulsegregation verhindern. Heißt das, dass Sie der Frühselektion von Kindern im Alter von zehn Jahren kritisch gegenüberstehen?

Schulsegregation im Generellen ist eine Folge der Wohnsegregation und das wiederum hängt mit Stadtplanung und Wohnungsneubau zusammen. In dem Punkt darf man nicht zu linear denken. Außerdem bin ich dafür, dass Schülerinnen und Schüler nach ihren Talenten, Begabungen und Stärken gefördert werden und den jeweils für sie passenden Weg einschlagen können.



DIE ENTTÄUSCHTEN

Islamismus, Nationalismus und Mobbing sind Alltag an Wiens sogenannten Brennpunktschulen, sagen verzweifelte PädagogInnen. Und wie erleben das die Jugendlichen selbst? Ein Lokalaugenschein.

*Text: Birgit Wittstock
Illustrationen: P.M. Hoffmann*



73 Prozent der SchülerInnen an den Neuen Mittelschulen in Wien sprechen Deutsch nicht als Umgangssprache.

Als Lehrer musste man immer schon eine dicke Haut haben, denn Rebellion gegen gesellschaftliche Konventionen gehört zum Erwachsenwerden. Man stellt eigene Grundsätze auf. Wer sich an sie hält, erfährt Anerkennung in der eigenen Gruppe und eckt gleichzeitig beim Rest an. Das schweißt wiederum die Gruppe zusammen. Es ist das Rezept zur jugend-

lichen Selbstermächtigung, dem Generationen gefolgt sind. Bloß die Zutaten ändern sich laufend. Laute Musik, Drogen, Tätowierungen und Metall im Gesicht schockieren längst nicht mehr. Wer heute provozieren will, wird streng religiös.

Die SoziologInnen Kenan Güngör und Caroline Nik Nafs befragten 2016 für eine Studie im Auftrag der Stadt Wien 401 Jugendliche zu ihrer Lebenslage. Das Ergebnis: Ein Drittel der Jugendlichen aus Wiener Jugendzentren gilt als radikalierungsgefährdet. Sie hätten „positive Gefühle gegenüber extrem religiösen Menschen und Menschen, die für ihren Glauben in den Krieg ziehen“, heißt es in der Studie; sie wären homophob und antisemitisch.

Seither haben sich auch immer mehr PädagogInnen an Medien gewandt und von Radikalismus und Islamismus an Schulen

„KOPFTUCHMAFIA“, SO SPOTTETEN ANFANGS MANCHE KLASSENKAMERADEN.

berichtet – an sogenannten Sozialen Brennpunktschulen, meist Neue Mittelschulen (NMS) mit hohem Migrationsanteil. Laut Statistik Austria sprechen 73 Prozent der Schülerinnen und Schüler an den Wiener NMS nicht Deutsch als Umgangssprache.

Was meinen Sie mit Brennpunktschule?

Will man mit den Jugendlichen an diesen Schulen reden, um zu erfahren, wie sie die Lage selbst sehen, merkt man: Man ist vorsichtig geworden. Gespräche ja gerne, heißt es von Direktion und Stadtschulrat, aber nur völlig anonymisiert. Weder die Jugendlichen, noch die Schule sollen zu erkennen sein. Sitzt man ihnen dann im Sesselkreis gegenüber, und hört ihnen zu, wie sie sich mit wütenden Stimmen und provokanten Aussagen gegenseitig zu übertrumpfen versuchen, wird klar: Man muss die Jugendlichen vor sich selbst schützen.

Auf die Frage, wie es ihnen damit gehe, SchülerInnen einer sogenannten Brennpunktschule zu sein, lautet die Gegenfrage: „Was meinen Sie mit Brennpunktschule?“ Dass sie Mittelpunkt medialer Debatten sind, haben die Burschen und Mädchen nicht mitbekommen. Seit dem Mord an dem siebenjährigen Mädchen in Döbling sind einige Tage vergangen und der mutmaßliche

Täter, ein 16-jähriger Tschetschene, beschäftigt die Jugendlichen. Oder besser gesagt, die Berichterstattung, und wie die auf ihre Communities abfärben könnte: „Es werden immer verschiedene Gruppen verdächtigt. Zum Beispiel heißt es bei Vergewaltigungen immer – jetzt nicht gemein gemeint – die Zigeuner und die Afghanen waren es. Bei Messerstechereien sind's die Muslime. Es werden immer verschiedene Kulturen vorgeschoben“, sagt ein Mädchen, das Kopftuch trägt. Ihre knapp ein Jahr jüngere Schwester, die neben ihr sitzt, trägt ihre langen, gelockten Haare offen. „Weil ich Hochzeiten sehr schön finde und eine schöne Frisur zu meiner Hochzeit tragen möchte“, sagt sie. „Danach werde ich auch Kopftuchmafia.“ „Kopftuchmafia“, so spotteten anfangs manche Klassenkollegen, als ihre Schwester vor drei Jahren mit Hidschāb in die Schule kam.

Fühle mich hier nicht zuhause

„Als ich begonnen habe, das Kopftuch zu tragen, hatte ich eine Hose mit etwas langem darüber an“, erzählt die 15-Jährige. Dann sei sie in die Direktion gerufen worden, wo erklärt wurde, so werde sie künftig nicht mehr ins Schwimmbad gehen, keine Arbeit finden, und sich nicht mit Freunden treffen können. „Obwohl nichts von dem gestimmt hat, denn ich kann immer noch ans Meer oder einen See gehen, oder Burkini tragen. Es gibt sehr viele Rassisten, die haben Angst vor Frauen, die Kopftuch tragen. Wegen dem Terror, der hat unserem Ruf geschadet.“

Von Rassismus wird an diesem Vormittag noch oft die Rede sein – dabei hätten sie untereinander diesbezüglich keine Probleme: „Hier sind wir ja fast alle Ausländer.“ So fühlen sie sich, obwohl der Großteil von ihnen in Österreich geboren ist, sie österreichische Pässe besitzen und als ihren kleinsten gemeinsamen Nenner „die Sprache“ angeben: „Wir sprechen alle Deutsch, denn kaum einer kann die Muttersprache des anderen, also unterhalten wir uns auf Deutsch. Die Muttersprache sprechen wir zu Hause.“

Warum fühlen sich aber dennoch so viele dieser Jugendlichen als Ausländer? „Ich fühle mich hier nicht zu Hause. Ich finde eigentlich, dass dieses Land schirch ist“, sagt eine 12-Jährige. „Die Menschen da draußen provozieren uns.“

Zu den „Menschen da draußen“ zählen auch schnell mal jene herinnen: die paar

wenigen österreichischen Klassenkollegen und die Lehrerinnen und Lehrer. „Wir haben immer Fetz mit den Österreichern in der Klasse“, sagt einer der Burschen. „Die beleidigen unsere Religion, unsere Mütter und alles, was es gibt. Einer sagt, dass alles im Koran erfunden ist, dass die Propheten nicht echt sind, die Engel nicht existieren. Ich hab gesagt „hör auf damit, ich will nicht dein Land beschimpfen, denn dann bin am Ende ich Schuld.“ Die Mutter, das war zu viel. „Sie hat mich neun Monate im Körper getragen. Da geht es um die Ehre.“ Geendet habe die Geschichte in der Direktion, da „wo dauernd Unterschiede zwischen den Österreichern und uns gemacht werden.“

Wappen und Flaggen

Es gebe Schüler, die haben Pullover mit dem Österreichischen Wappen oder Kreuzen darauf und da würde keiner etwas sagen, erzählt einer der Buben. „Aber wir werden gleich in die Direktion geschickt. Einer von unseren Mitschülern hatte unlängst ein T-Shirt an, auf dem „Proud to be a Sikh“ stand und er wurde gezwungen, das T-Shirt umzudrehen, bis die Schule vorbei war.“

Wappen und Flaggen sind ein wichtiges Thema hier: In der Eingangshalle der Schule hängen kleine Papierfähnchen – die Herkunftsländer aller Schülerinnen und Schüler. Doch auch die sorgen für Ärger: Bei der österreichischen Flagge stehe ein Zettel, der zu Respekt mahnt, und dass man die Flagge nicht abreißen soll. „Nur bei der Österreichischen. Bei den anderen Ländern nicht“, klagt eines der Mädchen. „Wir haben schon unseren Nationalstolz, also in Bezug auf die Länder, wo unsere Eltern herkommen“, erklärt ein 13-Jähriger. „Wie sollen wir uns integrieren, wenn uns eh keiner hier haben will?“

Einer der Buben erzählt, er habe auf seinem Handy ein Foto von sich gehabt, auf dem er mit drei Fingern „so gemacht“ habe und streckt Daumen, Zeige- und Ringfinger weg, als würde er eine Drei anzeigen. Dass die Tschetniks, die serbischen Freischärler, den „serbischen Gruß“ im jugoslawischen Bürgerkrieg als Erkennungsmerkmal benutzten und ihm die Kriegsverbrechen anhaften, da-



„Wir haben immer Fetz mit den Österreichern in der Klasse“, sagt einer der Burschen. „Die beleidigen unsere Religion, unsere Mütter und alles, was es gibt.“

von weiß er nichts. „Das bedeutet Serbien“, meint er. Er wurde in die Direktion geordert, man sagte ihm, er müsse das Foto löschen. „Man hat mein Land beschimpft als Terroristen. Dabei ist das nur das serbische Reich und Tschetniks und so.“ Die Eltern wurden vorgeladen.

Und dann ist da noch das Thema Israel, das die Jugendlichen beschäftigt. „Trump

WIE SOLLEN WIR UNS INTEGRIEREN, WENN UNS EH KEINER HIER HABEN WILL?

sagt nichts zu Israel aber zu den Muslimen schon. Jeder weiß, dass Israel ein brutaler Irgendwasstaat ist. Die haben die Palästinenser angegriffen, dort sind über 2.000 Menschen gestorben und Trump sagt nichts dazu“, behauptet ein 12-Jähriger. Die Korrektur, dass es bei den jüngsten Zusammenstößen im Gazastreifen 52 Tote und an die 2.400 Verletzte gab, registriert er mit einem Schulterzucken. „Aber trotzdem: Die sollen nicht anderen antun, was sie selbst erlebt haben.“

Gruppendruck und Kopftuch

Es sind vor allem die Burschen, die laut durcheinanderreden. Wie geht es den Mädchen? Als alle wieder in ihre Klassen gehen, bleibt ein Mädchen zurück. Sie wollte nicht vor allen anderen erzählen. Das Kopftuch trage sie freiwillig. „Meine Schwestern tragen alle Kopftuch und da habe ich mich ohne das Kopftuch irgendwann allein gefühlt.“ Anfangs sei es ihr unangenehm gewesen und wirklich recht machen könne man es ohnehin nie allen – irgendjemand würde sie immer kritisieren. In Turnen etwa. Es sei so heiß gewesen, dass sie die Weste auszog, mit der sie sonst ihren Körper verhüllt. „Es war ja auch niemand da, der mich sehen könnte.“ Eine muslimische Klassenkollegin hätte sie deswegen kritisiert. „Dabei trägt sie selbst kein Kopftuch.“ Pause. „Ich fühle mich nicht wohl“, sagt sie dann. Denn was ihr derzeit richtig Sorgen mache, sei das geplante Kopftuchverbot an Schulen. Wenn das komme, würde ihre Familie Österreich verlassen. „Ich will hier nicht weg.“

Birgit Wittstock ist Journalistin aus Wien und schreibt für den Falter im Ressort Stadtleben.

BERLINER MUSTERKIND

Vom „Hort der Gewalt“ zur Vorzeigeschule. Wie die ehemalige Rütli-Schule in Berlin-Neukölln einen Wandel vollzog und heute als schulisches Integrationsbeispiel gilt, weiß Direktorin Cordula Heckmann.

Text: Milena Österreicher

Schule ist Zukunft.“, sagt Cordula Heckmann in den Telefonhörern während im Hintergrund die Computertasten klappern. Heckmann ist beschäftigt. Sehr beschäftigt, seitdem sie 2009 die Leitung der „1. Gemeinschaftsschule Berlin, Bezirk Neukölln“ übernahm.

Es war keine gewöhnliche Schule, derer sie sich annahm. Drei Jahre zuvor, im Frühjahr 2006, sorgte ein Brief der damaligen Rütli-Schule deutschlandweit für Aufsehen. Darin wandten sich MitarbeiterInnen der Schule an den Berliner Senat und meldeten untragbare Zustände: „Lehrkräfte werden gar nicht wahrgenommen, Gegenstände fliegen zielgerichtet gegen Lehrkräfte durch die Klassen, Anweisungen werden ignoriert.“ Und: „Türen werden eingetreten, Papierkörbe als Fußbälle missbraucht, Knallkörper gezündet und Bilderrahmen von den Flurwänden gerissen.“ Einige Lehrkräfte seien nur mehr mit dem Handy in bestimmte Klassen gegangen, um jederzeit per Telefon Hilfe holen zu können. Der Aufschrei sorgte für Schlagzeilen, von „Deutschlands schlimmster Schule“ und einem „Hort der Gewalt und des Integrationsversagens“ war zu lesen. Mehr als 80 Prozent der SchülerInnen waren nicht deutscher Herkunft. Der Aufschrei wurde auch vom damaligen SPD-Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky, gehört. Er berief eine ExpertInnenrunde ein. Christina Rau, die Ehefrau des früheren deutschen Bundespräsidenten, über-



Cordula Heckmann: Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen.

nahm die Schirmherrschaft. Das Land Berlin stellte 32 Millionen für die Verbesserung der Schulsituation bereit.

Rütli neu – mit SozialarbeiterInnen

Heute wird der vormalige Rütli-Schule genannte Campus als Vorzeigemodell gefeiert. Wie kam es zum Wandel? Die Rütli-Schule alt wird noch im selben Jahr in ihrer alten Form aufgelöst. Stattdessen

entsteht der „Campus Rütli – CR“ mit Kindergarten, Volksschule und weiterführender Gesamtschule sowie Jugendamt und Gesundheitsdienst am Gelände. Cordula Heckmann übernimmt die Schul- und Campus-Leitung. „Unser Leitbild ist: Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen.“, sagt die Direktorin heute. Die Kinder und Jugendlichen müssten in den Mittelpunkt gestellt werden. Die durchgehende



Eltern einbeziehen: Väter und Mütter haben auf dem Campus einen eigenen Ort bekommen: das Elterncafé.

Bildungsbiografie sei wichtig, meint Heckmann, viel zu oft würden Kinder aus bildungsfernen Familien beim Übergang von Volksschule zu weiterführenden Schulen verloren gehen. SozialarbeiterInnen, die Türkisch und Arabisch sprechen, helfen anfangs mit. Bei Streit etwa werden die betroffenen SchülerInnen in einen eigenen Sozialarbeiterraum geschickt, wo mehrere PädagogInnen gemeinsam eine Lösung suchen.

2011 kommt die Oberstufe zur bisherigen Schulform dazu, 2014 maturieren die ersten SchülerInnen. Viele von ihnen als Erste in ihrer Familie, die mit Matura ihre Schullaufbahn abschließen. Einmal im Monat setzen sich die LeiterInnen der Schule, der benachbarten Sozialeinrichtungen und des Bezirks sowie der Stadt zusammen und teilen an neuen Ideen und Projekten. Für Heckmann sind mehrere Punkte für den Erfolg des Campus Rütli entscheidend. Zum einen die Struktur der Gemeinschafts- und Ganztagschule. Die Schülerinnen und Schüler der ersten, zweiten und dritten sowie die der vierten, fünften und sechsten Klasse der Grundschule werden jahrgangsübergreifend unterrichtet und lernen so im Verband von- und miteinander. Zudem ist die Palette der angebotenen Aktivitäten im

Rahmen der Ganztagsbetreuung groß und vielfältig: Es gibt Boxkurse, eine Theatergruppe, die vom Berliner Maxim-Gorki-Theater unterstützt wird, und Musikklassen. „Wir knüpfen damit an den Stärken der Schüler an.“, beschreibt Heckmann das Konzept. Gearbeitet wird in kleinen Gruppen, reiner Frontalunterricht wird vermieden. Wertschätzung sei wichtig, das hätten viele der Kinder bisher in ihrer Schullauf-

BEI STREIT WERDEN DIE SCHÜLER/INNEN IN EINEM EIGENEN SOZIALARBEITER- RAUM BETREUT.

bahn nicht erlebt. Auch architektonisch hat sich einiges verändert. Eine Mensa wurde gebaut, Klassen für die naturwissenschaftlichen Fächer ausgestattet, die Grünflächen erweitert. „Räume sind immer auch eine Wertschätzung der Menschen, die darin leben und arbeiten.“, sagt Heckmann.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt darin, die Eltern einzubeziehen. Väter und Mütter haben auf dem Campus unter anderem einen eigenen Ort bekommen, das Elterncafé. Zweimal wöchentlich gibt es ein Elternfrühstück. Bei den informellen Treffen werden brennende Fragen besprochen: „Wie funk-

tioniert das deutsche Schulsystem?“, „Wie lese ich ein Zeugnis? Was ist dabei wichtig?“, „Wie klärt man sein Kind auf?“ oder „Was mache ich, wenn mein Kind Drogen nimmt?“. Oft werden dazu auch ExpertInnen von Vereinen, vom Jugendamt oder von der Polizei eingeladen. Ein harter Kern von 15 bis 20 Eltern komme wöchentlich, sagt Heckmann, an manchen Tagen seien es bis zu hundert Personen.

Auch Hausbesuche der Lehrkräfte sind keine Seltenheit. Nach der Anmeldung des Kindes bekommen die Eltern bereits den ersten Besuch der PädagogInnen. Zum ersten Kennenlernen und um Vertrauen zu schaffen. Das sei zeitaufwändig, aber beide Seiten erlebten es meist als Erleichterung. Dies erfordere natürlich auch außerordentlich engagierte LehrerInnen, berichtet Heckmann. „Ich sage BewerberInnen immer ehrlich, dass man bei uns mehr arbeiten muss als an anderen Schulen.“

Mehr Sprachen, mehr Chancen

Von separaten Deutschförderklassen bis zu zwei Jahren, wie sie derzeit in Österreich geplant sind, hält Cordula Heckmann wenig. So fände kein kultureller Austausch statt und die Kinder könnten nicht vom „Sprachbad“ profitieren, das heißt nicht „nebenbei“ in di-

rektem Kontakt die Sprache erwerben. Die Willkommensklassen in Berlin, in denen die SchülerInnen Basiskenntnisse erwerben, hält sie hingegen für sinnvoll. In der deutschen Hauptstadt müssen minderjährige Geflüchtete diese besuchen, soweit sie noch nicht ausreichend Deutsch für den Regelunterricht beherrschen. Nach spätestens einem Jahr wechseln sie in reguläre Klassen. Derzeit schaffen laut Bildungssenat mehr als die Hälfte der Kinder im Grundschulalter den Wechsel nach weniger als sechs Monaten. Religion und Herkunft spielten im Schultag am Campus Rütli keine große Rolle, erzählt die Direktorin. „Ich habe sie alle: Kurden, Muslime, Christen, Jesiden, ... Schüler aus Ägypten, Spanien, Kanada, der Türkei oder Österreich. Wenn ich über den Schulhof gehe, merke ich nicht, wer woher kommt.“ Gruppenbildung nach Herkunft oder Religion sieht Heckmann an ihrer Schule nicht. Ein bis zwei Stunden soziales Lernen täglich im Rahmen der Ganztagsbetreuung sowie eine Klassenratsstunde wöchentlich in jeder Klasse, in der die SchülerInnen über Probleme sprechen und Regeln für den Klassenverband gemeinsam aufstellen können, sind eine der Maßnahmen, mit denen das Miteinander gestärkt werden soll. „Es gibt eine Kultur des Hinsehens und dementsprechend die Bereitschaft in offene Diskussion zu gehen.“ Zur Kopftuchdebatte meint Heckmann: „Das Kopftuch gehört für uns zum Alltag. So viele verschiedene Kopftücher es gibt, so viele Motivationen gibt es auch eines zu tragen.“ Mehrsprachigkeit wird am Campus Rütli gefördert. Für etwa die Hälfte der Schüle-



C. Heckmann: an Stärken der SchülerInnen anknüpfen.

rInnen der unteren Klassen ist Deutsch ihre Muttersprache, die andere Hälfte spricht Arabisch, Türkisch, Schwedisch, Italienisch und Englisch. Seit acht Jahren arbeitet der Campus mit der Volkshochschule Neukölln

MIT EINANDER STÄRKEN: SCHÜLER/INNEN STELLEN DIE REGELN FÜR DIE KLASSE GEMEINSAM AUF.

zusammen. Dort können die SchülerInnen Türkisch- und Arabisch-Kurse besuchen und eine Prüfung ablegen, die es ihnen ermöglicht ihre Familiensprache als zweite Fremdsprache für die Oberstufe anerkennen zu lassen.

Viele Projekte, verbesserte Stimmung. Heute übersteigen die Anmeldungen die Anzahl freier Plätze.



Schule gestaltet Gesellschaft

Durch die soziale Zusammensetzung der Rütli-Schülerschaft bekommt die Schule jährlich 100.000 Euro von einem Bonusprogramm für Schulen, an denen mindestens die Hälfte der SchülerInnen aus armen Verhältnissen stammt. Geld sei für eine bessere Bildung notwendig, aber am Geld allein läge der Erfolg nicht, meint Heckmann. Andere Schulen mit dieser SchülerInnenzusammensetzung wären ähnlich ausgestattet. Doch alle müssten für den Erfolg zusammenarbeiten: Schulleitung, Lehrkräfte, SchülerInnen, Eltern sowie der Bezirk. Und es brauche viel Engagement und Einsatz von allen Beteiligten.

Rund 870 SchülerInnen besuchen derzeit den Campus Rütli. Ein Großteil von ihnen kommt aus sozial schwachen Familien. Sie können sich das Schulmaterial nicht leisten, kommen oft aus einem bildungsfernen Umfeld. Um die 80 Prozent der Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund, so wie damals 2016, als der Brandbrief verschickt wurde. Jedoch ist langsam ein Wandel merkbar. Der Bezirk Neukölln erlebt eine Gentrifizierung: Immer mehr Szenelokale und Bio-Supermärkte ziehen ein. Die Mieten steigen. Das verändert auch die Zusammensetzung der BewohnerInnen des Bezirks.

In den unteren Klassen merke man schon eine stärkere Durchmischung, erzählt Heckmann. Bei der ersten Klasse waren es zuletzt etwa 60 Prozent SchülerInnen mit Migrationshintergrund. Eine „50:50-Mischung“ fände sie ideal. Der Campus Rütli ist auch für bildungsnahe Familien interessant geworden. Die Anmeldungen übersteigen mittlerweile die Anzahl der freien Plätze. Die Zahl der SchulabbrecherInnen ist von zwanzig Prozent im Brennpunkt-Jahr 2006 auf unter zehn Prozent geschrumpft.

„Schule ist ein Ort, wo Gesellschaft gestaltet wird. Wir können Wege für ein Miteinander legen.“, beschreibt die Campus-Leiterin. „Die Politiker sprechen oft vom gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wo können die jungen Menschen den lernen, wenn nicht hier in der Schule?“

Milena Österreicher arbeitet als freie Journalistin und unterrichtet Deutsch als Fremdsprache. Sie übersetzt aus dem Spanischen ins Deutsche. Sie hat Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie Transkulturelle Kommunikation in Wien und Madrid studiert.

www.milenaosterreicher.com



Zeitzeuginnen Lucia Heilman (li.) und Gabrielle Goldmann (re.) beim Seminar mit LehrerInnen 2017 in Salzburg.

KONNTEN SIE DEN „JUDENSTERN“ NICHT ZUDECKEN?

Lucia Heilman, 88, besucht fast jede Woche eine Schule. Im heurigen Gedenkjahr ist sie besonders gefragt. LehrerInnen können über den Verein erinnern.at Schülerinnen und Schüler mit Shoa-Überlebenden in Kontakt bringen.

Text und Fotos: Gunnar Landsgesell



BORG, Wien Landstraße: Eine 7. Klasse nimmt Platz, um Frau Heilman zuzuhören. Viele der Jugendlichen haben migrantische Wurzeln.

Als die Familie Heilman von den Nationalsozialisten aus ihrer Wohnung in Wien vertrieben wurde, hatte die achtjährige Lucia eine Idee. Sie werde einen Hammer holen und damit in die Wände ihres Kinderzimmers schlagen. Sie wollte dafür sorgen, dass die Nachfolger nicht so ein schönes Zimmer bekämen. Protest und Wut eines kleinen Kindes, das nicht verstand, wie gefährlich das war. „Meine Mutter sagte dann, wenn du so etwas machst, dann wird man uns bestrafen und einsperren. Und das hatte damals jeder gewusst: Einsperren bedeutet Abtransport in ein Todeslager.“ Die Schülerinnen und Schüler des Bundesoberstufenrealgymnasiums in der Landstraßer Hauptstrasse 70 lauschen gebannt. Lucia Heilman ist als Shoa-Überlebende in einer 7. Klasse eingeladen, um von Erfahrungen zu erzählen, wie sie lebendig und detailhaft in keinem Geschichtsbuch zu vermitteln wären. Jede Woche sei sie an einer anderen Schule, auch an Berufs- und Hauptschulen unterwegs, sagt Heilman. Besonders im heurigen Gedenkjahr sei die Nachfrage nach ZeitzeugInnen groß.

88 bedeutet „Heil Hitler“

Eine Klasse aufgeweckter Jugendlicher, viele davon mit migrantischen Wurzeln, erwartet sie. Die Sessel sind im Kreis aufgestellt. Die Tafel ist voll mit mathematischen Formeln, darüber steht „Binominalverteilung“. Auf einem Flipchart ist die Frage „Was ist Wohlstand?“ zu lesen, rundherum gruppiert die Antworten: Menschen-

REALER EINBLICK IN DIE AUSWIRKUNGEN DES NS-REGIMES. LEHRERIN JULIA HOFER

rechte, gutes Internet, Vier-Tage-Woche. Doch in dieser Doppelstunde wird aus einer Zeit berichtet, in der Menschenrechte nicht mehr zählten. Lucia Heilman, 1929 in Wien geboren, versteht es immer wieder, Linien in die Gegenwart zu ziehen: „Ich bin 88 Jahre alt, aber 88 ist ein Zeichen der Nationalsozialisten. Der achte Buchstabe im Alphabet steht für H und 88 bedeutet Heil Hitler.“ Und fügt ironisch hinzu: „Deswegen sage ich lieber, ich bin 89 Jahre alt.“ Sie

erzählt den Jugendlichen von der Verdrängung von Juden und Jüdinnen aus dem öffentlichen Leben, von Demütigungen, Enteignungen, vom Abtransport der Menschen in die Konzentrationslager. Die Behauptung, dass die Bevölkerung in Österreich ja von nichts gewusst hätte, beschäftigt die zierliche Frau, die ihre Gedanken sehr systematisch und überlegt formuliert, bis heute. Da die Juden am helllichten Tag vor den Augen anderer auf LKWs verladen wurden, könne niemand sagen, von nichts gewusst zu haben. „Es war für alle zu sehen“, bekräftigt Heilman ihre Worte. Aber die Haltung, nichts gewusst und gesehen zu haben, lebe bis heute fort, etwa bei der Affäre um die Liederbücher von Burschenschaften. „Wie ist das möglich?“, fragt sie in die Runde. Heilman versteht es, auf die Jugendlichen einzugehen, sie nicht zu überfordern. Sie erzählt in abgeschlossenen Episoden, immer mit Blick auf ihre Zuhörer, ob diese ihr folgen können. Man merkt ihr die gewonnenen Erfahrungen an. „Früher habe ich nicht gewusst, was und wie ich erzählen soll.“, sagt sie im Gespräch. Heute ist es ihr



Lucia Heilman besucht Haupt- und Berufsschulen und Gymnasien. Gute Erfahrungen gäbe es bei jedem Schultyp, das hänge vor allem vom Engagement der Lehrkräfte ab, sagt sie.

wichtig, dass die Schüler und Schülerinnen gut vorbereitet sind, wenn sie in eine Klasse kommt, und dass sie Fragen stellen können.

Viele Fragen aufgeworfen

Keine leichte Situation, auch für die Jugendlichen. Die Hemmschwelle, etwas Unpassendes zu fragen, ist sicherlich groß. Doch in dieser 7. Klasse werfen Heilmans Erinnerungen viele Fragen auf. Sie erzählt, dass jüdische Menschen vor den Deportationen gezwungen wurden, sichtbar einen „Judenstern“ an der Kleidung anzubringen. Dabei führt sie ihre Hand an die linke Seite ihres Oberkörpers. Und sie erzählt, wie sie mit ihrer Mutter am Magistrat war, weil Jüdinnen gezwungen wurden, als zweiten Vornamen „Sara“ eintragen zu lassen. Und dass sie für diese Namensänderung bezahlen mussten. Eine Schülerin möchte wissen, was passierte, wenn man die Namensänderung verweigerte. Ein anderer Schüler fragt, warum sie den „Judenstern“ nicht zudeckt habe. Momente, in denen spürbar wird, wie sehr man sich aus heutigem Selbstverständnis den Verhältnissen dieser Zeit annähern muss. Heilman erklärt, dass diese Verordnungen Gesetze waren, und wer diese nicht befolgte, musste mit schlimmen Folgen rechnen. „Es war eine Zeit“, sagt die ehemalige Ärztin, „in der Widerworte nicht üblich waren, nicht so wie

heute, wo man seine Meinung und seinen Widerspruch kundtun kann und auch soll.“ Viele der Fragen der SchülerInnen lassen vermuten, dass sie durch ihre Geschichtslehrerin Julia Hofer gut auf diese Stunde vorbereitet wurden. Sie erkundigen sich, was passierte, wenn man „Halbjuden“ war, oder ob Heilman, als sie nach 1945 wieder am Schulunterricht teilnehmen konnte, An-

DIE JUGENDLICHEN ERKUNDIGEN SICH WAS PASSIERTE, WENN MAN „HALBJUDE“ WAR.

tisemitismus erfahren hat. Als die Pausenglocke läutet, wird kurz gelüftet, doch die Jugendlichen bleiben weiterhin gespannt im Gespräch.

Gute Vorbereitung ist wichtig

Julia Hofer, die auch Mathematik unterrichtet, ist es ein Anliegen, Unterricht möglichst lebendig zu gestalten. Auf die Idee, eine Zeitzeugin einzuladen, kam sie über einen Bekannten, der als Geschichtestudent für den vom Bildungsministerium getragenen Verein erinnern.at immer wieder ZeitzeugInnen an Schulen begleitet. Die Initiative gibt es seit den Achtziger Jahren. Hofer hält das Aufeinandertreffen von Schülerinnen und Schülern mit unmittel-

bar Betroffenen für eminent wichtig, „weil die so gelernten Inhalte Authentizität erhalten und ein realer Einblick in die damaligen Auswirkungen des NS-Regimes eröffnet werden kann.“ Also hatte sie die SchülerInnen gefragt, ob sie das möchten, diese bekundeten glaubhaft ihr Interesse. Die Vorbereitung der Klassen auf den Besuch von Shoa-Überlebenden ist grundsätzlich sehr wichtig, wie auch Lucia Heilman bestätigt. Jede Nacht nach einem Schulbesuch leide sie an Schlafstörungen und Ängsten, auch wenn sie diese Situation nun schon kenne. „Ich habe dann ein Buch neben dem Bett liegen und weiß, dass das vorübergeht“, so Heilman.

Julia Hofer besuchte im Vorfeld mit der Klasse das Jüdische Museum und zeigte im Unterricht ein 25-minütiges Videointerview mit Frau Heilman, so dass die Jugendlichen schon ein Gefühl dafür bekommen, wer die Klasse besuchen wird. „Wir haben gemeinsam verschiedene Fragen überlegt und versucht zu unterscheiden, dass es dabei einerseits um die persönlichen Erfahrungen von Frau Heilman geht, andererseits um allgemeine Fragen zum Nationalsozialismus. Wir haben aber auch geklärt, dass es einige Fragen geben wird, die sie nicht beantworten kann. Ein Schüler meinte, als Frau Heilman im Video erwähnt, dass sie nach so einem Besuch Schlafstörungen hat: Total arg, dass sie trotzdem zu uns kommt. Die Empathie war deutlich zu spüren.“

Lucia Heilman selbst überlebte den Holocaust dank eines mutigen Mannes, der sie in einer Werkstatt versteckte. Statt in der Schule lernte Lucia, Metallplatten zu einer Vase zu verlöten. Nach dem Ende des Hitler-Faschismus sollte ihr Lebensretter als einer der „Gerechten unter den Völkern“ in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem geehrt werden. Doch dieser wollte die Auszeichnung erst nach seiner Pensionierung entgegennehmen. Er hatte Sorge, dass er Kunden verlieren würde, sollte sein Engagement publik werden. Für die Jugendlichen aus dem BORG 1030 ist nach der Stunde Unterrichtsschluss. Zeit, das Erlebte zu verarbeiten.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Wiener Zeitung.

i WILL
WAS
LERNEN

DU WILLST
WAS
LERNEN



Impressum: Die Armutskonferenz (Wien); Photographie: Lukas Beck; Illustration: Esther Pruckner; Grafikdesign: Charly Krimmel

Wir lassen niemanden deppert sterben.

Wir alle brauchen gute Schulen, damit wir etwas G'scheites lernen. Egal ob arm oder reich. Ein Bildungssystem für alle macht das möglich. Machen wir uns gemeinsam stark dafür.

www.WIR-GEMEINSAM.at

SICHERER HAFEN

Fünf Länder und zwei Kontinente

Über Masoumeh, eine Afghanin im Traunviertel, ihre Pflegefamilie und die Freiwillige Feuerwehr.

REPORTAGE UND FOTOS: KATHRIN WIMMER

Wir sind eine laute Familie. Mein Mann ist Isländer und wir reden oft isländisch miteinander. Das muss am Anfang sehr schwierig für dich gewesen sein. Zumindest wurdest du immer sehr still.“ Susanne Götzinger lacht ihre Pflegetochter Masoumeh Haidari an. Die 17-jährige junge Frau aus Afghanistan grinst zurück, schiebt die Hände in den Kapuzenpulli und streicht sich einen Haarschopf aus dem Gesicht. Die beiden sitzen an einem Esstisch im oberösterreichischen Micheldorf, eine knapp 6.000-Seelengemeinde im Bezirk Kirchdorf im Traunviertel. Ein Haus mit Garten, ein Hund, zwei Katzen, fünf Schildkröten.

Seit zweieinhalb Jahren lebt Masoumeh bei der vierköpfigen Familie Götzinger-Steinsson. Das Ehepaar hat noch zwei jüngere Adoptivtöchter: Anna Xing, eine 14-jährige Chinesin und Eva Dora, eine 11-jährige Kambodschanerin. Je nachdem, wer gerade mit wem spricht, ergibt sich ein Mix aus Deutsch, Englisch und Isländisch.

Vom Vater als Spielfand eingesetzt

Masoumeh Haidari macht gerade ihren Pflichtschulabschluss. Fünf Mal pro Woche fährt sie zu einem BFI-Kurs nach Linz. „Die Flüchtlingsklasse im Ort war ihr zu einfach und die normale AHS/BORG 5. Schulstufe

war ihr zu schwer. Der Kurs geht von Jänner bis Dezember und danach hat sie den normalen Pflichtschulabschluss. Den braucht sie sowieso für viele Ausbildungen später“, erzählt Susanne Götzinger, die als Deutschlehrerin arbeitet. Pflegetochter Masoumeh möchte gerne Polizistin werden, sagt sie. Auf die Frage warum, erklärt ihre Pflegemutter: „Es nervt sie wahnsinnig, wenn Leute unterschiedlich behandelt werden. Es wird nicht geschwindelt und man gibt ehrliche Antworten. Auch wenn es sein

Die Flüchtlingsklasse war ihr zu einfach, die normale 5. Schulstufe im Gymnasium war ihr zu schwer.

kann, dass man dadurch negative Folgen erlebt. Das bist eigentlich schon du, gell?“ Masoumeh Haidari nickt. Seit Februar hat sie subsidiären Schutz in Österreich. „Das bedeutet, dass der Staat sie zwar nicht offiziell als Flüchtling anerkennt, aber sie nicht zurückgeschickt werden kann. „In einem Jahr können wir wieder ansuchen und dann noch einmal in zwei Jahren. Aber wir haben Berufung eingelegt, weil sie eigentlich Asyl bekommen muss. Ihr Fall ist ein klassischer Asylgrund“, ist die 51-jährige Lehrerin überzeugt.



Bis 2015 lebte Masoumeh Haidari bei ihrer Familie ohne legalen Status im Iran. Ihre Eltern waren im Zuge der sowjetischen Invasion in den 1970er-Jahren aus Nordafghanistan geflohen. Die Familie gehört der schiitischen Minderheit der Hazara an und hat im Iran wenig Rechte. Masoumeh ist die älteste Tochter von fünf Kindern. Sie begann als 11-Jährige neben der Schule in einer Schneiderei zu arbeiten und erhielt dafür 10 Euro pro Monat. Später mit 15 Jahren arbeitete sie sechs Tage pro Woche mit 12-Stunden-Schichten für 120 Euro. Ihr



Glückliche Familie mit vielen Wurzeln: Einar Steinsson (55), Anna Xing Götzing (14), Masoumeh Haidari (17), Eva Dora Götzing (11), Susanne Götzing (51)

Vater hörte irgendwann auf zu arbeiten, wurde drogenabhängig und spielsüchtig. Als er seine eigene Tochter an einen 45-jährigen Mann verspielte, half Masoumehs Mutter, einen Schlepper für sie zu finden. Sie floh gemeinsam mit ihrer Cousine und deren Mann.

Die ersten Monate verbrachte das Mädchen im Flüchtlingslager Traiskirchen. Durch einen Zufall kam sie nach Micheldorf. Ihre Freundin, Fatima war „probewohnen“ bei einer Nachbarsfamilie und Susanne Götzing fragte, ob sie jemanden kennt,

der auch in eine Pflegefamilie möchte. „Wir haben zwei adoptierte Kinder und daher ist uns das Konzept der Familiengründung in dieser Form bekannt. Ein drittes Kind zu haben, darüber hatten wir schon länger nachgedacht, aber aufgrund unseres Alters – wir sind beide über 50 Jahre alt – war klar, dass wir kein Kleinkind oder Baby mehr adoptieren würden. Und dann kam diese Flüchtlingsbewegung und alles ging ganz schnell. Kurz vor Weihnachten kam Masoumeh zu uns.“ Susanne Götzing rückt ihre runden Brillengläser zurecht. Der erste Fa-

milienausflug war ein Kurzbesuch bei den Nachbarn am 24. Dezember. „Wir haben Masoumeh einfach vorgestellt. Wir haben gesagt: Das ist unsere Pflege-tochter und fertig. Damit gab es keine Diskussion. Es war ganz klar, sie gehört zu uns.“

Spott wegen Kopftuch

Masoumeh Haidari trägt seit einem Jahr kein Kopftuch mehr. Sie wollte auf der Straße nicht mehr als Asylwerberin erkannt werden, sagt sie. Vor allem während den Busfahrten nach Hause sei sie aufgrund ihrer



Masoumeh würde gerne den Führerschein machen. Dazu fehlt jedoch die Geburtsurkunde.

Kopftuches häufig von anderen Schülern verspottet und angerempelt worden. Ihre afghanischen Freunde und Bekannten konnten ihre Entscheidung, das Kopftuch abzulegen, nicht verstehen. „Sie haben geglaubt, dass ich langsam eine Christin werde. Ich habe ihnen gesagt, dass es mir nicht wichtig ist. Nur weil ich sage, dass ich nicht mehr Muslimin sein will, heißt das nicht, dass ich sofort Christin werde. Wahrscheinlich haben sie gedacht, dass mich Susanne – also meine Mama – dazu zwingt.“

Wenn sie ihre Verwandten in Niederösterreich in einer Flüchtlingsunterkunft besucht, verhüllt sie sich immer noch. „Also in den Camps, wo immer wieder neue Männer kommen, packt sie sich aus Sicherheitsgründen ein. Auch um ihre Cousinen vor Problemen mit anderen Familie zu bewahren“, sagt Susanne Götzinger und streichelt einen weiß-schwarzen gefleckten Hund, der sich unter dem Tisch ausgestreckt hat. „Wir haben ganz oft darüber geredet. Ich habe immer gesagt, mir ist es egal, wenn du dich einpackst. Die Frage ist, bist du glücklich damit? Was bedeutet es für dich? Und natürlich ist das Leben hier leichter ohne Kopftuch.“

Freude bei der Freiwilligen Feuerwehr

Als sich Masoumeh Haidari vor einem Jahr bei der Freiwilligen Feuerwehr Mi-

cheldorf bewarb, trug sie noch ein Kopftuch. Die Feuerwehr suchte damals dringend neue Mitglieder. Nachdem Susanne Götzinger mit ihrem Hund schon bei der Österreichischen Rettungshundebrigade tätig ist, fragte sie die junge Afghanin scherzhaft, ob sie Lust hat, zur Feuerwehr zu gehen, und sie stimmte zu.

„Ich dachte mir, vielleicht sagt sie es nur, weil sie uns gefallen möchte. Aber sie meinte es ernst. Wir riefen am nächsten Tag den Feuerwehrmann an. Es wurde ein we-

Bei der Freiwilligen Feuerwehr wurde zuerst diskutiert: erstens, weil Mädchen, und zweitens Muslima.

nig diskutiert, weil erstens Mädchen und zweitens Muslima. Ich glaube, sie waren ein wenig besorgt, dass sich Masoumeh nicht anpassen würde. Sie luden sie zu einem Gespräch ein. Am Ende hieß es, dass es ihnen egal sei, ob sie ein Kopftuch trage oder nicht; sie müsse aber auf jeden Fall bei den Übungen einen Helm aufsetzen und alles mitmachen, was zu tun ist. Mittlerweile sind alle begeistert, wie ernsthaft sie bei der Sache ist“, erzählt die stolze Pflegemutter. Neben der Feuerwehr trainiert Masoumeh auch noch in einem Fußballverein, im zwanzig Kilometer entfernten Nach-

barort. Fußballspielen, sagt sie, gefalle ihr. Umständlich sei nur das Hin- und Zurückkommen mangels öffentlicher Anbindung im ländlichen Raum. Masoumeh würde gerne selbst bald einen Führerschein machen. Dazu fehlt jedoch die Geburtsurkunde. Susanne Götzinger schüttelt den Kopf. „Wir haben leider kein Papier, wo draufsteht, dass sie existiert. Was wir brauchen, ist eine Bestätigung von der iranischen Behörde, wo steht, wo Masoumeh geboren wurde und wo ihre Eltern leben. Aber das haben wir nicht, weil ihre Eltern keine Aufenthaltsgenehmigung hatten. Wir arbeiten aber daran. Diese Wege bei Behörden brauchen einfach wahnsinnig viel Zeit und Energie.“

Ob sie eigentlich noch Kontakt zu ihrer leiblichen Mutter hat? Masoumeh Haidari nickt. Sie telefoniert von Zeit zu Zeit mit ihrer Familie. Nachdem sie mit ihrer Cousine in die Türkei geflohen war, trennte sich ihre Mutter von ihrem Vater. Sie sind umgezogen und es gehe ihnen ganz gut, erzählt sie. Vor kurzem habe sie ihnen ein Paket mit Pullovern zukommen lassen. Ein Bekannter flog in den Iran und überbrachte die Geschenke. Ob sie ihre Geschwister irgendwann besuchen kann? Masoumeh nickt, ja, das hoffe sie.

Als nächstes wartet jedoch eine andere Reise auf die junge Frau. Im Wohnzimmer der Familie Götzinger-Steinsson hängt eine große Island-Karte hinter dem Esstisch an der Wand. Einmal im Jahr fliegt die Familie dort hin. Vor 30 Jahren haben sich Susanne Götzinger und Einar Steinsson in Island kennengelernt. Sie war dort als Reisebegleiterin unterwegs und er war ihr Buschauffeur. Zehn Jahre lang lebte das Paar in Island, bevor die Beiden nach Österreich gezogen sind. Susanne Götzinger beugt sich zu ihrer Pflegetochter. „Heuer fahren wir das erste Mal alle gemeinsam, im August. Die Tickets sind schon gebucht. Jetzt brauchen wir nur noch deinen Pass!“ Das Mädchen lacht.

Kathrin Wimmer arbeitet als freie Journalistin für Radio und Print. Sie hat Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Wien studiert.

SICHER SEIN

Engagiert gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Vernetze dich mit uns, abonniere unseren kostenlosen Newsletter auf www.sichersein.at.

Wir halten dich über Aktivitäten auf dem Laufenden.
E-Mail: kontakt@sichersein.at

Zivilcourage hat schon viel bewegt auf dieser Welt.
Hab Mut zum Handeln.

Ist es sicher?



Eine Initiative von:



Unterstützt von:



Jetzt aktiv werden auf:
www.sichersein.at



© Titelbild: Rahmat Gul / AP / picturedesk.com

VIDC
MERRA INSTITUTE FOR
INTERNATIONAL DIALOGUE
AND COOPERATION



POLIZEI

Wir sind keine ‚laissez-faire‘-Organisation

Konrad Kogler, seit 2017 Landespolizeidirektor von Niederösterreich, über die Gründe für die sinkende Kriminalitätsrate, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und die geplanten neuen Bereitschaftseinheiten der Polizei.

INTERVIEW UND FOTOS: PHILIPP SONDEREGGER

Herr Kogler, wie zufrieden sind Sie, was den Umgang der Polizei mit Misshandlungsvorfällen betrifft?

Konrad Kogler: Wenn es Misshandlungsvorfälle gibt, werden diese klar und transparent aufgeklärt. In Niederösterreich haben wir etwa 20 Misshandlungsvorfälle pro Jahr. Wir bringen jeden dieser Vorwürfe bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige. Die Polizei leistet auch intern die notwen-

dige Aufklärungsarbeit, um Fehlverhalten abzustellen.

Kürzlich wurde eine Anklage gegen zwei Jungpolizisten diversionell erledigt. Deshalb, weil sie nicht eingeschritten sind, als ein älterer Kollege einen obdachlosen Mann schlug. Der Richter äußerte Verständnis, weil diese spezielle Situation nicht geschult werde. Braucht es

Nachschärfung in der Ausbildung, um klarzustellen, dass gefährliche Angriffe abzuwehren sind, auch wenn sie von Vorgesetzten kommen?

Also, ich glaube nicht, dass wir in der Ausbildung irgendetwas anderes lehren. Es ist ganz klar, ob und wie eine Polizistin oder ein Polizist die Amtshandlung führt, dafür muss jeder persönlich die Verantwortung tragen können. Im Übr-

gen erfolgt auch in der diversionellen Erledigung eine Zuschreibung der Verantwortung. Ich habe sehr viele Polizisten und Polizistinnen erlebt, die genau solche Dinge aufgezeigt haben. Ich kann mich nicht erinnern, dass das je zu negativen Konsequenzen geführt hätte.

Sie haben als Generaldirektor für öffentliche Sicherheit der Polizei das Selbstverständnis der größten Menschenrechtsorganisation des Landes gegeben. Wie setzt man solche Leitbilder gegen konträre Erwartungen durch, mit denen Polizistinnen und Polizisten in ihrem Alltag konfrontiert sind?

Wir müssen den Polizisten von Anfang an klar machen, was die Rahmenbedingungen sind, also zum Beispiel Rechtsstaatlichkeit, sonst führt das zu Frustration. Wir sind keine ‚laissez-faire‘-Organisation, aber es muss die Möglichkeit zur Beteiligung geben.

Wie wichtig ist die Rolle der Polizeiführung, also etwa das Auftreten der Polizeidirektoren, des Ministers oder mittlerer Führungskräfte?

Zwei Hebel sind entscheidend, erstens: die Frage, wie sich Führungskräfte verhalten. Wenn es eine Abweichung zwischen dem Gesagten und dem, was getan wird, gibt, dann verliert nicht nur die Führungskraft an Glaubwürdigkeit, sondern die ganze Organisation. Der zweite wichtige Punkt ist, wer in einer Organisation etwas wird. Sind das jene Personen, die den Ansprüchen der Organisation gerecht werden oder sind das Andere?

Auch die Burschenschaft Germania – gegen die wegen antisemitischer Liedtexte ein Verfahren in Ihrer Behörde läuft – hat sich in einer Stellungnahme zu den Menschenrechten bekannt. Wird das Konzept nicht zahnlos, wenn es von allen und jedem vereinnahmt werden kann?

Zu laufenden Verfahren äußern wir uns grundsätzlich nicht. Aber den Diskurs über Menschenrechte müssen wir mit allen Gruppen in der Gesellschaft führen. Ich glaube, es gibt kein Monopol für die Polizei, kein Monopol für die Justiz oder wen auch immer.

Wenn Polizistinnen und Polizisten Fehler machen, müssen Vorgesetzte ständig die disziplinar- oder strafrechtliche Relevanz im Auge behalten. Ist es unter diesen Umständen nicht nahezu unmöglich, eine Fehlerkultur zu etablieren?

Als Polizei haben wir nicht ganz unerheblich



Wir müssen den Polizisten von Anfang an klar machen, was die Rahmenbedingungen sind, zum Beispiel Rechtsstaatlichkeit, sonst führt das zu Frustration.

che Befugnisse. Dem gegenüber ist mit dem Legalitätsprinzip auch die Fehlertoleranz enger gezogen. Aber es gibt Spielraum. In unserem Dienstrecht sind Mittel vorgesehen, vom so genannten Anleitungsauftrag bis hin zur Belehrung. Diese stehen Führungskräften zur Verfügung, noch lange bevor jemand disziplinarrechtlich zur Verantwortung gezogen werden muss.

Den Diskurs über Menschenrechte müssen wir mit allen Gruppen in der Gesellschaft führen.

Weitreichende Befugnisse der Polizei erfordern weitreichende Kontrolle. In der Praxis kommt viel Widerstand der Polizei gegen Transparenz – Stichwort Kennzeichnungspflicht oder Filmen von Amtshandlungen. Warum tut sich die Polizei so schwer, Rechenschaft über ihr Handeln abzugeben?

Wenn ich auf die letzten 25 Jahre zurück blicke, teile ich diesen Eindruck nicht. Der Menschenrechtsbeirat hat eine wichtige Rolle gespielt. Da spreche ich als Polizist: Am Anfang war es durchaus befremdlich, als Außenstehende gekommen sind, um sich umzusehen. Das hat im Ordnungsdienst, aber auch in den Polizei-Anhaltzentren deutliche Veränderungen bewirkt. Neben der Volksanwaltschaft wird die Polizei von vielen Behörden, von NGOs und auch dem Parlament kontrolliert.

Es sollen jetzt österreichweit Bereitschaftseinheiten kommen. Warum tragen diese den Einsatzoverall und nicht die Uniform? Ein Signal erhöhter Bereitschaft? Ständiger Alarm führt ja auch zu Verunsicherung.

Naja, Bereitschaftseinheiten sollen bei gefahrgeneigten Amtshandlungen Unterstützung leisten. Ich glaube, die Adjustierung ist schlicht und ergreifend der vorgesehenen Funktion und Einsatzweise geschuldet. Ich habe bis dato wirklich noch nie eine negative Rückmeldung aus der Bevölkerung erlebt. Sie haben aber recht, dass man vorsichtig sein muss, wenn die Polizei ohne Anlass in größeren Gruppen auftritt. Das wird eher als Unruhe erlebt, was denn hier los sei.

Die Kriminalitätsraten sinken, obwohl die Bevölkerung wächst und die Grenzen offen sind. Wir erklären Sie sich das?

Der langjährig rückläufige Trend hat mit unseren Maßnahmen der letzten Jahre zu tun. Nehmen Sie die Einbruchskriminalität und ihre enormen Wachstumsraten in den Jahren 2005 bis 2008. Da haben wir viel im Bereich der Prävention gemacht. In Niederösterreich ist es jetzt bei 40 Prozent der Einbrüche beim Versuch geblieben. Zweitens erwischen wir die gewerbsmäßigen Einbrecher über kurz oder lang, weil wir entsprechende Tatortsicherungen machen und uns mit anderen Polizeien sowohl persönlich als auch digital vernetzen.



Polizeiarbeit ist in großem Ausmaß Vertrauensarbeit.

Und trotzdem fühlt sich die Bevölkerung immer unsicherer, was macht die Polizei falsch?

Das stimmt so nicht. Wir registrieren seit Mitte 2016 wieder einen Anstieg im Sicherheitsgefühl. Auf meiner Tour durch Niederösterreich war das auch spürbar. Das Sicherheitsgefühl hängt auch davon ab, ob sich Menschen hilflos fühlen oder denken, sie können etwas tun. Daher setzen wir darauf, die Menschen aktiv herein zu holen. Zum Beispiel bei Betrugsdelikten im IT-Bereich. Mit einem guten Passwort, mit einem Verschlüsselungsprogramm und zwei drei weiteren Veränderungen im Verhalten kann man sich wesentlich sicherer im Internet bewegen.

Wenn vom Sicherheitsgefühl der Bevölkerung die Rede ist, denkt man nicht an das Sicherheitsgefühl von Asylsuchenden oder gar bettelnder Menschen. Will die Polizei auch das Vertrauen dieser Gruppen gewinnen?

Schon innerhalb der Österreicher gibt es Gruppen mit unterschiedlichem Naheverhältnis zur Polizei. Wir gehen ganz bewusst auf alle Teile der Bevölkerung zu. In unseren Flüchtlingseinrichtungen haben wir gesehen, dass etwa die Straßenverkehrsregeln für manche Flüchtlinge Neuland waren. Das führte mitunter schon zu Irritationen bei der Bevölkerung. Aber Polizeiarbeit ist in großem Ausmaß Vertrauensarbeit.

Von Angehörigen ethnischer Minderheiten werden Identitätsfeststellungen an Hotspots oftmals als ‚ethnic profiling‘ empfunden. Die Polizei weist diesen Vorwurf regelmäßig zurück. Haben Sie eine Erklärung für die Diskrepanz?

Beim Projekt Polizei.Macht.Menschen. Rechte haben wir uns sehr lange und wirklich sehr ausführlich diesem Thema gewidmet. Ethnic profiling wäre die Kontrolle von Personen ausschließlich aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Wenn wir aber an konkreten Hotspots zu konkreten Zeiten konkrete Delikte beobachten und deshalb dort die anwesenden Menschen einer Kontrolle unterziehen, ist es kein ethnic profiling.

Wir registrieren seit 2016 wieder einen Anstieg im Sicherheitsgefühl. Das ist auch spürbar.

Zum Stichwort ‚nigerianische Drogendealer‘. Ein dunkelhäutiger Bekannter wohnt in der Nähe eines solchen Hotspots und wird mitunter zweimal am Tag kontrolliert. Mir passiert das nicht. Können Sie ihm übel nehmen, dass er die Amtshandlungen als rassistisch empfindet?

Da muss ich zwei Dinge sagen. Ich verstehe es natürlich, dass er das als nicht sehr angenehm empfindet, wenn man immer wieder kontrolliert wird. So leid es mir für Ihren Bekannten tut, wenn die Polizei Profile erstellt und weiß, dass eine höhere Wahrscheinlichkeit strafbarer Handlungen von bestimmten Personen an bestimmten Orten gegeben ist, dann werden diese auch kontrolliert. Ein wichtiger Punkt ist aber, bei unseren Ermittlungen sehen wir kaum derart homogene Gruppen. Wenn Sie sich konkret Suchtgiftermittlungen anschauen, sind die Tätergruppen in der Regel international zusammen gesetzt. Insofern ist auch der Kontrollmodus nicht so homogen ausgelegt.

In Wels wurden bei einem Pilotprojekt Bescheinigungen über den Rechtsgrund der Identitätsfeststellung ausgehändigt, um Objektivierung und Vertrauen zu fördern.

Wir wollten uns anschauen, wer tatsächlich kontrolliert wird. Was uns dann ein wenig gefehlt hat, war die Grundgesamtheit. Der Wunsch der Bevölkerung nach einer Bestätigung für die Kontrollen war außerdem überschaubar.

Ich habe Ihnen ein Buch mitgebracht. ‚Mein Protokoll‘ ist eine Art Autobiographie ihres Vorgängers als Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Michael Sika.

Also, ich schreibe kein Buch.

Sika beschreibt die Polizei als Organisation, die mit parteipolitischen und politischen Erwartungen konfrontiert ist und damit irgendwie umgehen muss.

Nachdem ich im ersten Studium Philosophie studiert habe und mich dort auch mit Platon auseinandersetzen durfte, glaube ich, dass eine Organisation, die sich mit dem gesellschaftlichen Zusammenleben beschäftigt, nicht unpolitisch sein kann. Ich meine nicht parteipolitisch, sondern politisch.

Als größtes Erfolgserlebnis beschreibt Sika, wie er Minister Löschnak anrief um zu sagen: ‚Wir haben ihn, wir haben den Briefbomber.‘ Hatten Sie so einen Moment?

Ich glaube, wir haben tolle polizeiliche Erfolge gehabt. Aber die wirklichen Erfolgserlebnisse waren anderer Natur. Wir sind während der Flüchtlingskrise jeden Tag mindestens einmal, oft dreimal an einem Riesentisch zusammengesessen, auch mit den zivilen Organisationen. Und wir haben diese Krise mit allen Schwierigkeiten, mit allen Unzulänglichkeiten, ganz gut gemanagt.

Konrad Kogler, 1964 geboren, studierte Philosophie, Psychologie, Kommunikationswissenschaft, Recht an der Universität Wien; danach Masterstudium wirtschaftsberatende Berufe an der FH Wiener Neustadt. Er war vier Jahre lang Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit. Seit 2017 ist der gebürtige Steirer Landespolizeidirektor von Niederösterreich. In der Sektion II leitete er u.a. das Projekt Polizei.Macht.Menschen.Rechte.

Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler und war viele Jahre lang Sprecher von SOS Mitmensch.

INKLUSION

„Eigentlich ist es blöd, dass wir miteinander sprechen“

Der Schauspieler Samuel Koch ist seit seinem Unfall bei der TV-Show „Wetten, dass...?“ querschnittgelähmt. Ein Gespräch über sein zweites Leben, das „Modethema“ Inklusion und eine neu erfahrene Demut.

INTERVIEW: EVA MARIA BACHINGER

Herr Koch, werden Sie als Schauspieler auch kritisiert?

Ja, zunehmend, zum Glück, darüber freue ich mich auch. Ich wage zu behaupten, in Fachkreisen mittlerweile als Schauspieler ernstgenommen zu werden. Es ist für mich ein größeres Kompliment, wenn mir auch mal gesagt wird, was nicht so toll war. Ich schließe mich aus der Leistungsgesellschaft nicht aus und will auch nach meiner Leistung beurteilt werden.

Trotzdem sind Sie als Schauspieler im Rollstuhl eine Ausnahme.

Ja, ich habe die Aufnahmeprüfung vor meinem Unfall gemacht und konnte die Ausbildung danach fortsetzen. Es gab aber kürzlich einige Lockerungen. Es sprechen auch Rollstuhlfahrer vor oder Transsexuelle, auch die Altersgrenze wurde an manchen Häusern gestrichen. Da kommt was in Bewegung.

Im Stück „Menschenfeind“ spielen Sie Philinte, der auf der Bühne nur sitzt. Ist die Rolle ursprünglich so angelegt oder wurde sie an Sie angepasst?

Es ist bewusst so angelegt. Er sitzt so, weil er in sich ruht. Womit sich die anderen noch abkämpfen, hat er schon abgeschlossen. Das hat weniger mit mir zu tun, denn es ist tatsächlich das erste Stück, wo ich nur sitze. Wir haben in verschiedenen Stücken schon viel ausgelotet. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Wie ist es nun für Sie, wenn alle anderen auf der Bühne tanzen, springen, laufen? Ist es nach wie vor eine Wunde?

Eine vernarbte Wunde. Früher war ich oft



Starke Bühnenpräsenz, Samuel Koch: „Ich wage zu behaupten, als Schauspieler mittlerweile ernstgenommen zu werden.“

schockiert über die anderen Studenten aufgrund ihrer Unbeweglichkeit. Da war kein Bewusstsein dafür da, wie man geht, wie man wirkt, wie man mit seinem Körper umgeht. Das war ein wenig überheblich. Als ich zurückkam, war ich der Unbewegliche und musste beim Bewegungsunterricht zuschauen. Das war sehr hart und schmerzhaft. Aber es war eine radikale, effektive Konfrontation. Ich bin es also auch ein wenig gewohnt und komme meistens ganz gut damit klar. Manchmal gibt es natürlich so Momente, ach, wenn ich doch nur zeigen könnte, wie man das richtig macht.

Verstehen Sie den „Menschenfeind“?

Absolut. Ich spiele in dem Stück den besten Freund des Menschenfeindes. Ich kann beide Pole nachvollziehen. Er beschreibt sich als ehrlich, er kann nicht anders als ehrlich sein, aber er eckt in der Gesellschaft damit nur an. Meine Rolle sagt, wenn man mich anlächelt, lächle ich zurück. Der Menschenfeind sagt, wenn ihm nicht nach lächeln ist, lächelt er nicht zurück. Beides hat seine Berechtigung. Denjenigen, der zurücklächelt, bezeichnet er als Heuchler und sich als ehrlich. Doch was ist ehrlich, was ist wahrhaftig oder heuchlerisch?

Sie sind kein Menschenfeind. Sie lächeln zurück.

Kann sein. Ich bin ein Heuchler. Ja, ich lache lieber als zu weinen. Es gibt natürlich tausende Gründe, worüber man verzweifeln könnte. Auch in meinem Leben. Das fängt bei mir morgens an, wenn ich nicht selbstständig aufstehen kann. Ich könnte heulen und verzweifeln, und so geht es weiter beim Nachrichtenhören. Krieg, furchtbare Dinge passieren in der Welt, Jugendliche verunglücken, Menschen sprechen nicht mehr miteinander, erkranken an Krebs. Es gibt viele Grausamkeiten mitten unter uns, man könnte den ganzen Tag heulen und schimpfen. Aber mir gefällt das nicht. Ich bin dabei aber nicht ignorant und blende das Schlechte nicht aus.

Im neuen Film „Draußen in meinem Kopf“ spielen Sie Sven, einen Schwerkranken, der sehr abgeklärt ist.

Er ist auch sehr ehrlich und verbittert, aber auch egoistisch und manipulativ um Andere für seine Zwecke zu missbrauchen. Auch deshalb wurde diese Rolle für mich attraktiv. Ich wollte von jeher keine Opferrollen spielen, keine Behinderten. Deshalb war ich bei dem Drehbuch zuerst sehr skeptisch, aber es stellte sich schnell heraus, dass



„Der Menschenfeind“ im Staatstheater Darmstadt. Koch spielt dessen „besten Freund“.

Sven kein Opfer ist, sondern im Gegenteil ein Täter, der ziemlich viel Unheil anrichtet.

Sie werden demnächst einen gemeinnützigen Verein gründen und wollen den Angehörigen helfen. Warum ist Ihnen das wichtig?

Es gibt in Deutschland viele Stiftungen, die sich um Erkrankte, Versehrte kümmern, aber wenig bis nichts für Angehörige. Ich bekomme fast täglich Zuschriften von Angehörigen, die mich um Hilfe und Rat bitten. Gleichzeitig gibt es Anfragen, wie kann ich helfen? Wir wollen also Angebot und Nachfrage zusammenbringen, Hilfesuchen-

Ich bin ein Heuchler. Ich lache lieber als zu weinen. Es gibt tausende Gründe zu verzweifeln.

de und Helfer. In der Reha-Klinik war ich sehr privilegiert mit Familie und Freunden, die immer da waren. Ich habe gesehen, dass bei anderen Patienten niemand am Krankenbett stand, weil durch einen Unfall Familien zerbrochen sind. Das sollte nicht sein, deshalb ist der Gedanke entstanden, Angehörige zu stärken.

Es wird viel getan, um Inklusion zu erreichen. Aber in den Medien wird über Sie als Held berichtet, der sein Schicksal gut meistert. Wäre es nicht besser, wenn es mehr Berichte über das normale Alltagsleben von behinderten Menschen gäbe?

Das ist eine gute Frage, die mir noch nie gestellt wurde. Wenn man auf Unterschiede hinweist, verstärkt man sie. Also, eigentlich ist es blöd, dass wir nun miteinander

der sprechen. Beim Modethema Inklusion ist nur dann etwas erreicht, wenn man es nicht mehr zum Thema macht. In vielen Institutionen versucht man Inklusion durch Anwendungskonzepte, Arbeitskonzepte, Verhaltenspläne zu erreichen. Wer will aber schon teilhaben an der Gesellschaft, nur weil es auf dem Plan steht? Auf meiner Schauspielschule war es gut, dass keiner ein Konzept und einen Plan hatte. Vielleicht waren manche auch überfordert, aber man hat einfach mal positiv gedacht, nicht auf die Unterschiede hingewiesen, sondern ausprobiert. Ich sag es jedem Regisseur immer wieder: Bitte keine Samthandschuhe, bitte keine Unterschiede machen. Ich würde mir wünschen, bitte kein weiteres Inklusionsinterview! Es hat natürlich auch seine Berechtigung. Es ist sicher besser, wenn man darüber spricht und die Menschen nicht wie vor 75 Jahren weg-euthanasiert.

Was könnte unser Gespräch bringen?

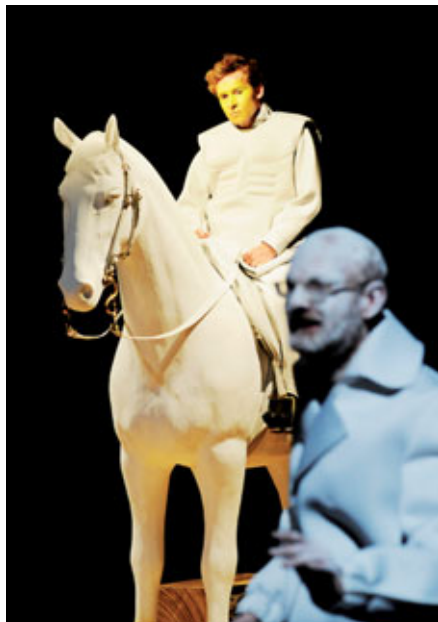
Unser Gespräch könnte zur Sensibilisierung für alle anderen, denen es ähnlich wie mir geht, beitragen. Es gibt leider nach wie vor negative Beispiele. Ein Mädchen schreibt mir, dass es an ihrer Schule gehänselt wird und es keinen Lift gibt. Ich habe auch eine andere Schule kennengelernt, wo eine Schülerin gut integriert war. Ihre Klasse war ihre Rettung und hat sie überallhin mitgetragen, auch durch London. Im Grunde ist es deshalb schon wichtig auf solche positiven Beispiele hinzuweisen, um der anderen Schule zu zeigen, was alles geht. Solange wir uns zum Interview treffen, weil ich im Rollstuhl sitze und nicht wegen eines anderen Themas, ist es offenbar noch nötig darüber zu sprechen.

Bei bestimmten Themen ist Ihnen Privatsphäre wichtig. In klassischen und sozialen Medien findet man aber viele private Fotos, vor allem von der Hochzeit und den Flitterwochen. Ist das nötig, um der Neugier nachzugeben?

Privat ist Alltägliches. Die Hochzeit war ein einmaliges Ereignis, ebenso die Flitterwochen. Darüber kann einmal berichtet werden. Davon abgesehen hätten wir es nur verhindern können, wenn wir die Hochzeit spontan irgendwo im Ausland gefeiert hätten. Ein Journalist, dem wir vertraut haben, hatte die persönliche Einladungskarte in der Presse abdrucken lassen und somit war Zeit, Ort und Ablauf öffentlich bekannt. Zu 99,9 Prozent werde ich von den Medien anständig und fair behandelt. Manchmal, zum Beispiel zur Hochzeit, war es einfach zu viel.

Da Sie in Ihren Büchern viel preisgeben, hat man nach der Lektüre das Gefühl Sie zu kennen. Sind viele Begegnungen vielleicht auch deshalb distanzlos?

Vor kurzem wurde ich von einer Frau auf der Straße angesprochen und sie hat mir ihr ganzes Leben erzählt. Das passiert immer wieder und ist dann oft zu viel und überfordernd für mich. Aber nach meinen Konzertlesungen nehme ich mir immer Zeit für Gespräche. Das ist oftmals der schönste Teil des Abends. Viele glauben, ich habe es geschafft, alles ist toll, ich bin nur glücklich. Aber es ist nicht alles Gold was glänzt, das versuche ich auch immer einfließen zu lassen. Wenn man mir dann sagt,



wie sehr man mich bewundert, was ich sage, habe so geholfen, danke, danke, danke, bin ich immer wieder mal verführt zu sagen, keine Sorge, du wirst auch wieder mal in ein Loch fallen, ganz plötzlich, so spielt das Leben. Danach geht es aber wieder bergauf. Darauf ist auch Verlass. Ich fühle mich oft mythisch überhört. Man braucht ja bei mir auch nichts schönzureden, vieles ist wirklich kacke und mühsam.

Vielleicht brauchen viele Menschen es zur Beruhigung, zu hören, dass es jemand geschafft hat und nun immer glücklich ist.

Ja, aber das ist utopisch. Das Leben läuft in Wellen ab.

Die Grenzen in Ihrem Alltag führen Sie in die Tiefe?

Zur Demut. Die Grenzen zeigen mir täglich auf, wie wenig wir kontrollieren können, wie wenig sicher etwas ist, wie sehr wir voneinander abhängig, und positiv gesehen, miteinander verbunden sind. Die Demut ist für mich die wertvollere Form des Mutes. Früher meinten viele, ich sei so mutig, im Sport, im Leben. Doch ich war nie mutig, ich hatte nur einfach keine Angst. Mutig ist man dann, wenn man Angst überwindet, aber keine Angst zu haben, ist nicht mutig. Die Grenzen, denen ich heute ausgesetzt bin, halten mich zwangsläufig am Boden und zwingen mich zur Demut.

Gibt es eine Frage, die Sie nicht mehr hören können?

Jene über den Unfall, aber man kann mich alles fragen, ich muss ja nicht immer darauf antworten. Wenn ich eine statistische Erhebung machen würde, ist die Frage am häufigsten: Was gibt Dir Kraft? Aber die werde ich auch nicht so schnell los. Ich habe lieber herausfordernde Fragen und nicht jene über die Vergangenheit, sondern darüber, was nun in der Gegenwart stattfindet. Das ist die Dimension, in der wir leben.

Samuel Koch, 1987 geboren, erlitt 2010 bei der TV-Show Wetten, dass...? einen schweren Unfall, und ist seither querschnittgelähmt. Er arbeitet seit 2014 als Schauspieler. Der Film „Draußen in meinem Kopf“ wird derzeit produziert. Kochs Autobiographie „Zwei Leben“ erschien 2012, sein Buch „Rolle vorwärts – Das Leben geht weiter“ 2015.

Eva Bachinger arbeitet als freie Journalistin und Sachbuchautorin, zuletzt erschien ihr Buch „Kind auf Bestellung“ (Deuticke Verlag, 2015).

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgeßel (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari
(Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Bachinger,
Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Martin Amanshauser, Clara Akinyosoye, Eva Bachinger, Daniela Egger, Melisa Erkurat, Simone Flatz, Evi Hagen, Nour Khelifi, Milena Österreicher, Martin Schenk, Philipp Sonderegger, Evelyn Steinhäler, Kathrin Wimmer, Birgit Wittstock
BUSINESS DEVELOPMENT: Magdalena Summereder

COVERBILD:

P.M. Hoffmann

LEKTORAT: Magdalena Summereder

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Bernhard Spindler, abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch

gegen Rassismus und Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie und

Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.

POPULÄR GESEHEN

Trickdiebe

Bei den Existenzkürzungen zeigen die Regierenden auf „die Flüchtlinge“, aber die Bedingungen verschärfen sie für alle. Das ist das Geschäft von Trickdieben.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Der Verfassungsgerichtshof hat die Kürzung der Mindestsicherung aufgehoben. Das Gesetz verfehle „seinen eigentlichen Zweck, nämlich die Vermeidung und Bekämpfung von sozialen Notlagen bei hilfsbedürftigen Personen“, sagt der Verfassungsgerichtshof.

Was wir daraus lernen sollten:

1. Verfassung und Menschenrechte als unsere gemeinsamen Werte achten – gerade bei Minderheiten und Armutsbetroffenen nicht schauen „was geht“ und sehenden Auges verfassungsrechtlich und auch menschenrechtlich bedenkliche Gesetze beschließen. Besonders unglaublich machen sich diejenigen, die dauernd von „Werten“ reden, aber den zentralen Wert der Menschenrechte missachten.

2. Genau hinsehen: „Asyl“ wird gesagt, aber gestrichen wird dann bei allen. Die aktuellen Zahlen für Niederösterreich sagen: Nur jeder Siebente von der Deckelung Betroffene ist Asylberechtigter. Die Existenzkürzungen betreffen in erster Linie Hiesige und schon längst Dagewesene. Die Deckelungskürzungen richten sich gegen Familien, Alleinerziehende, PensionistInnen, Menschen mit gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen, ArbeitnehmerInnen und Arbeitssuchende gleichermaßen. Auf „die Flüchtlinge“ zeigen die Regierenden, die Bedingungen verschärfen sie aber für alle. Das ist das Geschäft von Trickdieben: Es braucht immer einen, der ablenkt, damit dir der andere die Geldbörse aus der Tasche ziehen kann. Die „Ausländer“ wer-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

den ins Spiel gebracht, weil sich sonst die Kürzungen nicht durchsetzen ließen. Keiner alten Frau, keinem Menschen mit Behinderung, keinem Niedriglohnbezieher geht es nun besser. Im Gegenteil. Die Pläne der Abschaffung der Notstandshilfe, der Streichung der Hilfen am Arbeitsmarkt oder Kürzungen bei chronisch Kranken belasten gerade diejenigen, denen wegen der „Flüchtlinge“ Gerechtigkeit versprochen wurde. Im Salzkammergut steht ein höchst erfolgreiches Sozialprojekt vor dem Aus. Ein Fahrtendienst, der besonders ältere Menschen unterstützt zum Arzt, zur Therapie und zum Einkauf zu kommen. Eine Initiative, die wichtig ist für die Menschen in der Region. Nun verlieren neben den zahlreichen Fahrkunden auf einen Schlag 12 Fahrer und Verwaltungskräfte ihre Arbeitsstelle und eine wertvolle, sinnstiftende Aufgabe. Um abzulenken, verkündet die Regierung nun ein „Ausländersparpaket“. Und verpackt darin alle Maßnahmen wie die Einstellung des Fahrtendienstes im Salzkammergut. Damit alle glauben, das trifft sie nicht. In Wirklichkeit handelt sich um ein Kürzungspaket bei Kindern, Arbeitssuchenden, Kranken und Familien im unteren Einkommensviertel. Wenn sie „Ausländer“ sagen, meinen sie uns alle. Das können wir als Drittes lernen: Der Neid-Trick schadet einem selbst, weil man sich das, was einem nützt, selbst versagt. Er ist ein Gift, das Leute mit ähnlichen Interessen spaltet. Er nützt den Trickdieben, uns nicht.

SONDERECHE

Die Kraft der Würde

Von der inneren Freiheit zum Menschenrechtsstaat in 5 Gedankensplittern.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Meine erste Begegnung mit der Kraft der Würde erfolgte in Gestalt einer braunstichigen Fotografie. Sie zeigte Sitting Bull, den Anführer der Lakota Sioux. In der örtlichen Kirche, die ich mit meinen Eltern damals jeden Sonntag besuchte, war von jenem Geist der Selbst- und Nächstenliebe wenig merkbar, der verfolgte Christen der Urgemeinden angeblich so vieles ertragen ließ. Und so war es der bohrende Blick des Indianerhäuptlings, der mich den Kopf hoch halten ließ, im Angesicht des Unrechts, das einem 10-jährigen Knaben so widerfährt. Auf Ö1 war kürzlich folgende Anekdote zu hören. Für Aufnahmen zu einem James Bond Film in Marokko wurden Berber als Statisten engagiert. Als um 10 Uhr der Dreh beginnen sollte, war allerdings keiner gekommen. Der Set stand still. Zu Mittag tauchten die Silhouetten von Kamelen am Horizont auf, es dauerte noch Stunden, bis die Wüstenbewohner am Drehort eintrafen. Die Aufnahmeleiterin ließ die Berber zur Rede zu stellen. Der Dolmetscher überbrachte die Antwort: „Berbers are never late“.

In der Menschenrechtsbewegung steht die Würde des Menschen für die Abwehr von Verletzungen. Dagegen wirbt Gerald Hüther für ihre Entdeckung als Ressource sozialen Wandels. In unserer Anekdote verschiebt sich so der Fokus von der vergeudeten Zeit der Filmcrew zum Aufbegehren der Berber gegen Zeitdruck und Erwerbslast. Die innere Freiheit selbst zu bestimmen, welcher Mensch ich sein will

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

und die Verantwortung für meine Entfaltung anzunehmen, birgt eine unbeugsame Kraft, sagt Hüther. Er setzt auf die steigende Zahl von Menschen, die ihr Leben und ihr Zusammenleben im Bewusstsein ihrer Würde als Menschen gestalten.

Freilich gelangen wir nur zu universellen Menschenrechten, wenn dabei auch die innere Freiheit anderer Menschen geachtet bleibt. Im Anschluss an die Goldene Regel „Was du nicht willst, das man dir tut, ...“ begründet Seyla Benhabib ihren Ansatz. Wenn wir die Fähigkeit anderer Menschen anerkennen, ihre innere Freiheit auch zu vermitteln, dann lassen sich individuelle Ansprüche in den Institutionen demokratischer Öffentlichkeit, Politik und Justiz zu mehr oder weniger allgemein verbindlichen Regeln aushandeln. Doch das birgt die Zumutung ständigen Hinterfragens und endloser Erklärung. Noch weiter geht Benjamin Gregg. Er skizziert einen Menschenrechtsstaat, dem weltweit alle Menschen beitreten können, die Benhabibs Grundsatz folgen. Wenn sie also die prinzipielle Fähigkeit von Menschen bejahen, allgemeine Rechtsansprüche mit Argumenten auszuhandeln. Dieser transnationale Staat bringt Nationalstaaten laut Gregg in Zugzwang, konkreten Rechtsansprüche wie jene auf Bildung, Wasser oder Leben umzusetzen.

Seyla Benhabib: Kosmopolitismus ohne Illusion, 2016

Gerald Hüther: Würde, 2018

Benjamin Gregg: The Human Rights State, 2016.

Wer ist denn Nelson Mandela?

Wenn es um Afrika und die Kolonialgeschichte geht, sind die blinden Flecken in der Bevölkerung groß. Das hat seinen Preis.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION.

Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei ORF.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Ich erinnere mich noch gut an mein Spezialgebiet für die Englisch-Matura: die Geschichte der Apartheid in Südafrika. Da saß ich nun mit 17 und las Nelson Mandelas „Long Walk to Freedom“ – mehr als 600 Seiten auf Englisch. Sein Buch berührte mich, trotzdem wünschte ich mir angesichts der nahenden Reifeprüfung mitunter, ich hätte mir als Spezialgebiet doch diesen einen englischen König ausgesucht, der mit Vorliebe seine Frauen köpft. Als ich einer Freundin, die unsere Schule nach der 5. Klasse in Richtung Tourismusfachschule verlassen hatte, am Telefon mein Leid klagte, fragte sie: Wer ist denn Nelson Mandela?

Ich begann zu grübeln über das Bildungssystem, welches Afrika in Schulen und Medien dargestellt wird. Ich merkte erstmals, welche Tragweite ein eurozentrischer Fokus in der Schulbildung haben kann. Meine gute Freundin, eine Kluge und damals bald 18-Jährige, hatte noch nie von dem Hoffnungsträger der Freiheitsbewegung in Südafrika gehört, auch von der Apartheid selbst wusste sie nichts. Denn wir hatten das Thema erst später in der 7. Klasse durchgenommen. Ob es davor nicht vorgesehen oder aus Zeitmangel übergangen worden war, wusste ich nicht. Dass die blinden Flecken über Afrika in unserer Bevölkerung groß sind, wurde mir nach und nach bewusst.

Nicht nur Schulen, v.a. auch viele Medien verabsäumen es, die Bevölkerung mit Informationen über den Kontinent Afrika zu versorgen, die es erlauben, mehr zu

sehen als einen Verbund krisengebeutelter Staaten und die Heimat exotischer Tiere. Menschen mit Wurzeln aus afrikanischen Ländern bleibt oft nichts anderes übrig, als genervt mit den Augen zu rollen, wenn sie mit Unwissenheit oder Halbwissen über Afrika konfrontiert werden. In diesem Spannungsverhältnis ist nun auch das Bemühen Schwarzer AktivistInnen zu verstehen. Wer etwa anmerkt, dass der nonchalante oft verherrlichende Umgang mit der blutigen Kolonialzeit unpassend ist, oder auf die rassistische Bezeichnung eines auch von mir heiß geliebten Schokokuchens mit Schlag aufmerksam macht, erntet oft nur Unverständnis und wird mit dem Prädikat „übersensibel“ versehen. Paradox. Denn tatsächlich ist eben der Mangel an Sensibilität und Wissen gepaart mit Ignoranz über die langen leidvollen Episoden Schwarzer Geschichte, die verhindert, dass Menschen das ungerechte koloniale Erbe in scheinbar Nebensächlichem erkennen.

Auch ich musste mir, was ich über die Ausbeutung und Entmenschlichung Schwarzer Menschen durch europäische Kolonialmächte weiß, mühevoll selbst beibringen. Selten fand ich derlei Informationen im TV-Hauptabendprogramm oder auf Titelseiten von Printmedien. Aber Bildungslücken lassen sich schließen, wenn man will. In diesem Sinne: Sklaven wurden seinerzeit auch nach Österreich verschleppt. 1815 wurde die Abschaffung der Sklaverei in Europa auf den Weg gebracht – am Wiener Kongress.

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler porträtiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

KOLUMNE: NOUR-EL-HOUDA KHELIFI

Ramadan – O´zapft is! oder Ramadan Pressekonferenz

Der Ramadan ist im vollen Gange, wir haben mittlerweile die Halbzeit gut überstanden. Denke ich mal. Denn noch tippe ich diese Zeilen, während ich genüsslich an meinem kühlen Blondem – Zitronenlimonade natürlich – nippe. Die Anfangsphase, wo nicht nur wir Musliminnen und Muslime uns wieder an das Fasten gewöhnen müssen, sondern auch der Rest der Mehrheitsgesellschaft, haben wir alle hoffentlich schon erfolgreich hinter uns. Angesichts der Tatsache, dass die Islamisierung in Österreich angeblich ja schon sooooo sehr im Gange ist, hat sie ziemlich versagt, wenn ich immer noch Fragen bezüglich des Ramadan beantworten muss. Warum ich faste, ob das nicht ungesund sei, warum wir nicht wenigstens Wasser trinken können, warum wir für den großen Habibi da oben so leiden, und so weiter und so fort. Aber alles kein Problem, ich stehe jedes Jahr Rede und Antwort. Richtig effizient ist das nicht wirklich. Man ist eh schon relativ müde, der Blutzuckerspiegel lungert irgendwo im Keller, was da noch gefehlt hat ist ein hirnrissiges „Was?! Ihr esst und trinkt einen ganzen Monat lang nix? Stirbst da ned weg?“. Ich kann nicht anders, außer typisch wienerisch zu reagieren, „Obs deppat bist, hab ich g´fragt!“. Dann lachen wir beide kurz oder auch nicht, kommt darauf an, wen ich da vor mir stehen habe. Daraufhin erkläre ich zum gefühlten trillionsten Mal, was den Ramadan so ausmacht. Vielleicht sollte ich für den nächsten Ramadan eine Pressekonfe-

renz organisieren. Dann schaffe ich es vielleicht endlich auf die Titelseiten des Boulevard. „Kopftuchfrau zwingt Österreicher zum Fasten!“ Na gut, bei näherem Überlegen vielleicht doch keine so gute Idee mit der Pressekonferenz. Ich will ja noch die Nähe zum Volk haben. Also bleibe ich dabei, den Menschen auf der Straße ihre Neugierde zu stillen.

Fastenbrechen mit Grießnockerlsuppe

Und für Sie nochmal ganz kurz, wenn Sie sich bisher gefragt haben, was der Ramadan denn jetzt WIRKLICH ist: 29 oder 30 Tage lang wird von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gefastet. Das heißt, weder essen, trinken, rauchen oder Sex. Erst zum Sonnenuntergang kann man sich all dem wieder widmen. Heutzutage legt meine Generation auch eine Social-Media-Pause ein. Neben der Detoxkur für den Körper also auch eine Detoxkur für Hirn und Seele. So gesehen ist der Ramadan also eine Art Ausstieg aus dem Alltag der Konsumlogik. Weniger, dafür bewusster konsumieren. Am Ende des Fastenmonats ist Party angesagt, welche drei Tage lang geht. Die drei Festtage werden auch „Eid“ bzw. „Bayram“-Fest genannt, auch als Zuckerfest bekannt, weil man sich da so sehr mit Süßigkeiten und Co beschenkt, bis man Blutgruppe Diabetes hat. Abgesehen davon liegt der Fokus in diesem heiligen Monat auch auf der Verbesserung des eigenen Charakters, also das Ego und den inneren Schweinehund in den Griff zu kriegen. Heißt für mich also: weniger wienerisch sein und nicht mehr so viel

sudern. Wieder den Fokus auf sich selbst lenken und an den eigenen Fehlern arbeiten. Aber auch den Mitmenschen nützlich sein und wieder damit in Berührung kommen, was es heißt, Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft auch zu leben. Den Nachbarn zum Sonnenuntergang zum gemeinsamen Fastenbrechen einladen oder einfach nur einen Teller Desserts rüberbringen, wenn ihm der Gedanke etwas Angst einflößt, mit sämtlichen Muslimen gemeinsam am Abend zu essen. Wir essen auch Grießnockerlsuppe und Schnitzel, also kein Grund zur Sorge. Traurig werde ich nur, wenn ich daran denke, was für eine Riesenchance die muslimischen Nachbarn vom Strache damals verpasst haben. Hätten sie ihm damals zum Ramadan, als er noch ein unschuldiges Kind war, zu sich nachhause eingeladen zum Essen oder hätten ihm einen Teller Baklava oder sonstiges rübergebracht, wäre er nicht zu dem Menschen mutiert, der er heute ist. Anders kann ich mir seinen Hass gegenüber den Musliminnen und Muslimen nicht erklären. Irgendeinen Ursprung muss dieses Problem haben. Nächstenliebe statt rassistischen Seitenhieben!

SPOTLIGHT

Mut statt Wut

Taekwondo-Weltmeister Ronny Kokert rief 2016 das „Freedom Fighters“-Projekt für Geflüchtete ins Leben und verzeichnet mit seinen Trainingskursen schöne Erfolge.

PORTRÄT: EVELYN STEINTHALER

Man könnte meinen, dass der Weg der „Freedom Fighters“ geebnet wurde, als Menschen vor drei Jahren auf den Wiesen Traiskirchens schlafen mussten und auch in der Wiener Shingery Base eine Spendenaktion ins Leben gerufen wurde. Tatsächlich ist das Projekt aber eine Schlussfolgerung des tagtäglichen Tuns von Ronny Kokert, der 2015 wöchentlich mit dem LKW Spenden nach Traiskirchen geliefert hatte. Dort brachten den Wiener Gespräche mit Geflüchteten auf die Idee, mit der von ihm entwickelten Kampfsportart Shingery einen Betrag zu leisten.

„In der Kampfkunst geht es auch um den Umgang mit der eigenen Wut und Angst. Mir war klar, so kann ich Menschen beim Ankommen in Österreich unterstützen“ erzählt der 47jährige Kokert, der mehrmals österreichischer Taekwondo-Staatsmeister wurde und 1998 in Birmingham den Weltmeistertitel holte. Aus Wut Mut zu machen, Angst und Aggression als Energiequelle und Konflikte als Kraftquelle zu begreifen, könne traumatisierten Menschen helfen, glaubt Kokert. Er betont aber: „Das ersetzt natürlich nicht die notwendige psychotherapeutische Arbeit“.

Gemeinsam mit der Caritas und den Johannitern brachte Kokert, der auch als Universitätslektor arbeitet, den Kampfsport an die Leute: „Das kostenlose Angebot wurde geflüchteten Frauen und Männern gemacht, aber erst nahmen es nur junge Männer an. Mittlerweile trainiert auch eine Frau mit Asylstatus regelmäßig mit, und



Fitness für Flüchtlinge: „Pünktlichkeit ist wichtig und respektvoller Umgang.“ (Kokert)

seit kurzem auch vier Mädchen mit Fluchthintergrund.“

Anfangs kamen Interessierte aus Wohnheimen oder Patenfamilien. Manche verließen das Projekt bald wieder, weil es für sie nicht stimmig war oder weil sie aus Wien weggingen. „Von anderen haben wir uns getrennt. Pünktlichkeit ist wichtig, regelmäßige Teilnahme und ein respektvoller Umgang untereinander. Religion muss generell draußen bleiben“, verlangt Kokert, der in Wien ein Fitness-Center betreibt.

Die Gruppe trainiert intensiv und umfasst heute 17 junge Männer, vor allem aus Afghanistan, im Alter von 17-25 Jahren. Am Beginn wurde 1 mal pro Woche trainiert, mittlerweile auf zwei mal wöchentlich erhöht. „Die Fortgeschrittenen besuchen auch reguläre Kurse, wo sie gemeinsam mit Frauen trainieren, die besser sind als sie selbst. Das funktioniert wirklich gut: Burschen, die mit einem völlig anderen Frauenbild aufgewachsen sind, erleben so, dass sich Frauen eben nicht unterordnen.“

Neue Perspektiven

Mittlerweile haben die „Freedom Fighters“ fünf Staatsmeistertitel und vier Worldcup-Medaillen errungen. Aber der Wettkampf ist nur ein Nebeneffekt, viel wichtiger: Sie werden im Rahmen des Projekts bei Asylinterviews und Lehrstellensuche unterstützt.

„Drei von ihnen konnten vermittelt werden“, erzählt Kokert stolz, „einer lernt Koch im Sacher.“ Drei „Freedom Fighters“ haben subsidiären Schutz, alle anderen erhielten negative Bescheide.“ – Eine zusätzliche Herausforderung für das Projekt, das Anfang 2018 von FPÖ-Politiker Harald Vilimsky medial angegriffen wurde. Kokert ließ die rassistischen Anwürfe nicht unkommentiert stehen und ging an die Öffentlichkeit, auch wenn er versteht, dass das Thema Kampfsport für geflüchtete junge Männer gesellschaftlich polarisieren kann.

Ziel ist, so Kokert, dass sich die „Freedom Fighters“ durch den Sport befreien und verstehen, „dass sie nicht mehr kämpfen müssen, da sie ja kämpfen können“. Nicht umsonst heißt das engagierte Projekt „Freedom Fighters“.

Vier der jungen Männer haben im Mai mit der Shingery Trainerausbildung begonnen, auch um die nächste Generation „Freedom Fighters“ zu unterrichten. Ausrüstungen, Kurse und die Wettkämpfe werden vor allem vom Trainingszentrum mit der Hilfe von Spenden finanziert. Was sich Kokert für das Projekt wünscht? „Positive Asylbescheide für diese anständigen, hochmotivierten jungen Menschen. Und eine etwas breitere Unterstützung wäre schön“ sagt er lächelnd.

POPULÄRKULTUR

„Wir sparen am System und nicht an den Menschen“

Prüfen wir diese Behauptung der schwarz-blauen Regierung am Beispiel ihrer wichtigsten Maßnahmen. Ein Überblick.

KOMMENTAR: STEPHAN SCHULMEISTER

- 1.** Nach einer erfolgreichen Testphase wurde die „Aktion 20.000“ gestrichen. Dadurch hätten bis zu 20.000 Langzeitarbeitslose über 50 für 2 Jahre einen Job bei Gemeinden oder NGOs bekommen - trotz Wirtschaftsaufschwungs haben sie kaum Chancen auf Beschäftigung. Gekostet hätte die Aktion fast nix, statt der Notstandhilfe wären die Jobs gefördert worden.
 - 2.** Die Mittel für das „Integrationsjahr“ des AMS zur Qualifizierung von Asylberechtigten werden halbiert. Die Ausbildungsbeihilfe für Lehrlinge über 18 Jahre wird ebenso halbiert. Auch das trifft in erster Linie Geflüchtete.
 - 3.** In den Schulen wird die Förderung von Deutschkursen um 80 Millionen Euro gekürzt. Auch die verzögerte Umsetzung der Ganztagschule benachteiligt Kinder mit Migrationshintergrund am meisten.
 - 4.** Mit dem „Arbeitslosengeld neu“ wird die Notstandshilfe abgeschafft. Langzeitarbeitslose fallen in die Mindestsicherung, müssen davor aber ihr Vermögen aufbrauchen. Überdies unterliegen sie dann einer „Arbeits- und Teilhabepflicht“ (das gibt es nirgendwo sonst).
 - 5.** Der Zugang zur Altersteilzeit wird durch Anhebung des Eintrittsalters um 2 Jahre erschwert.
 - 6.** Die mögliche Arbeitszeit wird auf 12 Stunden pro Tag ausgeweitet. Das verkürzt die Überstundenentgelte (Zeitausgleich über den Durchrechnungszeitraum).
 - 7.** Das Investitionsvolumen der ÖBB wird bis 2022 um etwa 2 Mrd. Euro reduziert. Die Verlagerung zum öffentlichen Verkehr wird dadurch beeinträchtigt.
 - 8.** Der Bund zieht seine Garantie für Kredite der „Wohnbauinvestitionsbank“ zurück und erschwert so die Finanzierung des sozialen Wohnbaus.
 - 9.** Die öffentliche Beschäftigung wird lediglich im Bereich „innere Sicherheit“ ausgeweitet, bei Bildung, Gesundheit und Soziales wird aber gespart, ebenso in der Justiz (einschließlich Bewährungshilfe) und bei den Steuerprüfern (sie „erwirtschaften“ mehr als sie kosten).
 - 10.** Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA – sie wird nur von Unternehmen finanziert) soll aufgelöst werden, wenn sie nicht 500 Millionen Euro einspart - das wären 30% ihrer Behandlungskosten. Die Versorgung nach Unfällen wird sich in jedem Fall verschlechtern.
- Alle 10 Maßnahmen fehlten in den Wahlprogrammen von ÖVP und FPÖ. Die Aussage von Kanzler Kurz „Wir werden tun, was wir für richtig halten, weil wir dafür gewählt wurden“ ist falsch. Ähnliche Maßnahmen fanden sich in den Wahlprogrammen dann, wenn sie gegen Flüchtlinge gerichtet waren. Auch dies will die Regierung umsetzen:
- 11.** Die Mindestsicherung für Asylberechtigte wird auf 560 Euro gesenkt, das ist weniger als die Hälfte des Existenzminimums.
 - 12.** Die Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder wird dem dortigen Preisniveau angepasst. Für tausende Frauen aus Osteuropa, welche unsere Pflegebedürftigen betreuen, bedeutet dies eine Einkommensminderung um bis zu 30 Prozent. Denn sie werden – rechtswidrig - als Scheinselbständige behandelt und mit einem Hungerlohn bezahlt.
 - 13.** Der Familienbonus ermöglicht es Eltern, pro Kind 1.500 Euro von der Steuer abzusetzen. Bezieher von Einkommen bis zu 2.300 Euro (das sind 56 Prozent der Unselbständigen) werden bei zwei Kindern den Kinderbonus nicht voll nützen können, da sie weniger als 3.000 Euro Steuer bezahlen. Das gilt auch für die meisten Landwirte und Ein-Personen-Unternehmer, insbesondere wenn sie mehr als zwei Kinder haben.
 - 14.** Als Ausgleich wurde eine Sonderregelung für Alleinerzieherinnen geschaffen (sie

bekommen 250 Euro statt der 1.500 Euro). Zusätzlich wird der Arbeitslosenversicherungsbeitrag (ALVB) für Personen mit einem Brutto-Lohn zwischen 1.342 und 1.948 Euro gesenkt, im Durchschnitt um etwa 300 € pro Jahr (also um 20 Prozent dessen, was Gutverdiener pro Kind bekommen). Das knappe Drittel jener Menschen, die weniger als 1.342 Euro verdient, bekommt nix, weil sie ja keinen ALVB bezahlen.

Dem steht gegenüber:

15. Die Mehrwertsteuer wurde für Tourismus-Betriebe von 13 Prozent auf 10 Prozent gesenkt.

16. Die Körperschaftssteuer wird gesenkt – laut Wahlprogramm der ÖVP sollte sie auf nicht entnommene Gewinne halbiert werden, was dem (Sozial)Staat 4,6 Milliarden Euro kostet und den reichsten Reichsten ebenso viel bringt.

17. Den gesetzlichen Interessensvertretungen drohen Kürzungen ihrer Einnahmen, wenn sie nicht „Reformen“ umsetzen. Angesichts der vielfältigen Aufgaben der Vertretung von fast 4 Millionen Arbeitnehmern und der Beiträge von durchschnittlich lediglich 7 Euro pro Monat, stellt dieser Punkt in erster Linie eine Bedrohung für die Arbeiterkammern dar.

18. Schulanfänger, die nicht gut (genug) Deutsch können, werden in eigenen „Förderklassen“ zusammengefasst, also von den anderen Kindern separiert (wenn sie unter sich bleiben, lernen sie natürlich langsamer Deutsch als im Kontakt mit „unseren“ Kindern). Unter dem Titel besserer Integration wird das Tragen von Kopftüchern in der Volksschule verboten.

Mögen alle 18 Maßnahmen auch wie ein Sammelsurium erscheinen, so sind sie doch durch zwei große Leitlinien strukturiert.



Stephan Schulmeister ist Wirtschaftsforscher und Universitätslektor in Wien. Sein Buch „Der Weg zur Prosperität“ ist soeben im Ecowin Verlag erschienen.

Erstens: Mit einer Verspätung von 20 bis 30 Jahren gegenüber Ländern wie Großbritannien oder Deutschland soll auch in Österreich das neoliberale Programm umgesetzt werden. Dazu gehört die Schwächung von Sozialstaat und Arbeitnehmervertretungen, insbesondere durch Senkung von Sozialtransfers („Stärkung der Leistungsanreize“), durch Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie durch Begünstigung der „Leistungsträger“ und Vermögenden.

Zweitens: Während die Rhetorik der Regierung das Ziel der Integration der „Fremden“ hoch hält, zielt die Praxis auf ihre systematische Schlechterstellung ab und wird so Zwietracht zwischen ihnen und den „Eingesessenen“ schüren.

Das macht politisch Sinn: Die Neoliberalisierung Österreichs wird das Vertrauen in den Sozialstaat unterminieren und die Angst vor Deklassierung bei den unteren 50 Prozent verstärken. Deren Gefühle von Verbitterung bis Wut lassen sich umso besser gegen „die (neuen) Fremden“ richten, je mehr Letztere sich ausgestoßen fühlen und sich in ihre jeweilige nationale Gruppe zurückziehen. Sie fallen dann den „Österreichern“ unangenehm auf, in Parks, auf ihren Treffplätzen, in den Wohnghettos und in der Straßen- bzw. U-Bahn.

Deshalb sollen schon die kleinen Kinder spüren, dass sie nicht zu uns gehören – pädagogisch sind die „Deutschklassen“ un-

sinnig und wurden daher von Experten aller Lager verurteilt (zugleich zeigt sich der Opportunismus eines ehemaligen Wissenschaftlers als Minister).

Deshalb hat man das Problem der Volksschülerinnen mit Kopftuch erfunden. Mit dem Verbot wird ein Zeichen gesetzt: Eure religiösen Symbole zählen nichts (die Kippa darf ein jüdischer Bub natürlich tragen, das wird manche Muslime zusätzlich ärgern).

Deshalb sollen auch die älteren Fremden weniger Deutschkurse bekommen, sei es in der Schule oder im Integrationsjahr.

Deshalb wird gerade an der Qualifizierung von Flüchtlingen gespart.

Deshalb sollen gerade sie – wenn sie arbeitslos bleiben – nur das halbe Existenzminimum als Mindestsicherung bekommen.

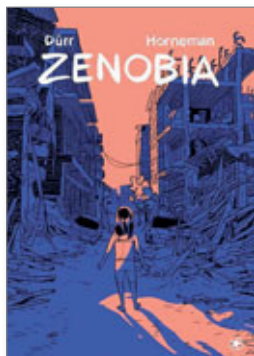
Man darf damit rechnen, dass Ausgestoßene und Erniedrigte in (abstoßend) höherem Ausmaß drogenabhängig, gewalttätig oder sonst kriminell werden als die „Eingesessenen“. Dies liefert „Heute-Krone-Österreich“ Schlagzeilen und Gelegenheiten, dem jungen Kanzler zu huldigen, wofür sich dieser wiederum mit Steuersenkungen und Sondererhörungen (Eva Dichand wird Universitätsrätin) bedankt.

Für Sebastian Kurz macht das alles Sinn: Der „Verrat“ der FPÖ an den „kleinen Leuten“ wird die FPÖ einiges kosten („Rezept Schüssel“). Kurz selbst verdankt seinen Aufstieg den Flüchtlingen – da immer weniger kommen, muss er mit den Vorhandenen sein Auslangen finden. Dazu muss Zwietracht gedeihen zwischen ihnen und den „echten Österreichern“.

Für die Gesamtgesellschaft führt dieser Weg freilich in eine (zwischen)menschliche Katastrophe.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Dem Untergang geweiht

Aminas Onkel verfügt nicht über ausreichend Geld, um den Fischern zwei Plätze auf einem der Boote abkaufen zu können. Er lässt Amina den Vortritt für die Reise. Doch das Boot, das das Mädchen in Sicherheit

bringen soll, hat auf der Überfahrt zu viele Passagiere geladen. Auf hoher See geht Amina über Bord.

Während sie in die Tiefen des Meers hinabsinkt, erinnert sie sich an ihre Eltern und daran, dass sie von ihrer Mutter immer wieder dazu ermutigt wurde, ebenso stark wie die legendäre Königin Zenobia zu sein. Zenobia herrschte im 3. Jahrhundert n. Chr. über das Reich von Palmyra, das sich vom heutigen Ägypten bis in das Gebiet der heutigen Türkei erstreckte. Amina, die in der Not des Krieges ihren ganzen Mut zusammengenommen hat, wird freilich „einen Ort, wo es keine Soldaten gibt“ nicht mehr erreichen. Der dänische Autor Morten Dürr und der Illustrator Lars Horneman verbinden die Ge-

schichte von Amina mit der Erzählung über die Herrscherin Palmyras, sprachlich verknüpft und in mitreißend poetisch klaren Bildern.

Was aber bleibt von jenen Leben, die auf der Flucht ihr bitteres Ende finden? Und wie kann sich ein abgeschottetes Europa seine Menschlichkeit bewahren, wenn Flüchtlingshelfern wie dem Dänen Salam Aldeen ein Prozess wegen Menschen schmuggels gemacht wird, weil er auf der griechischen Insel Lesbos Hilfe geleistet hat?

„Zenobia“ beantwortet diese Fragen nicht, aber der Graphic Novel gelingt es wie kaum einer anderen künstlerischen Verhandlung des Themas Flucht und Krieg, notwendige Räume der Auseinandersetzung zu öffnen und forciert damit eine der

grundlegendsten Fragen der Gegenwart.

2016 in Dänemark erschienen, avancierte die Graphic Novel zum Bestseller und wurde mit dem Nationalen Illustrationspreis des Dänischen Kulturministeriums, dem „Deuleran Prisen“ für den besten dänischen Comic des Jahres 2017, ausgezeichnet. Mittlerweile wurde „Zenobia“ auf Arabisch, Englisch, Französisch, Koreanisch, Türkisch, Schwedisch und Spanisch veröffentlicht. Große Empfehlung, auch für ein junges Publikum! (Evelyn Steinthaler)

Morten Dürr, Lars Horneman

Zenobia

Aus dem Dänischen von Isabella Rasmussen
Bahoe Books 2018
100 Seiten, 18 Euro

BUCH



Shoa-Überlebende

„Das Niedrigste wird aus den Leuten herausgeholt, nicht das Anständige“. Die 90jährige Gertrude Pressburger wurde für diese Warnung vor rechtspopulistischer Rhetorik in einem

Video-Interview während des Bundespräsidenten-Wahlkampfes bekannt. Pressburger hat das Niedrigste erlebt und überlebt: Die Nationalsozialisten haben ihre Eltern und ihre zwei Brüder sowie andere Verwandte ermordet, sie selbst hat die Hölle auf Erden überlebt: Auschwitz-Birkenau.

Jahrzehntelang hat sie über ihre Traumata geschwiegen: Erst als die junge Radio-Journalistin Marlene Groihofer sie um ein Interview bat und offenkundig ihr Vertrauen und ihre Zuneigung gewann, konnte sie sich öffnen. Daraus entstand ein mittlerweile mehrfach ausgezeichnetes Radio-Porträt. Eindrucksvoll ist auch das nun vorliegende Buch. Sensibel und

klar hat Groihofer aufgezeichnet, was ihr Pressburger erzählt hat: ihre Kindheit in einer einfachen, aber liebevollen Familie, die Flucht nach Slowenien und Italien, schließlich den Albtraum Auschwitz. Besonders interessant sind ihre Schilderungen der Stimmung im Wien der Nachkriegszeit. Viele Berichte von Holocaust-Überlebenden enden mit der Befreiung, doch Pressburger legt den Finger in die Wunde und zeigt, wie sehr sich das menschenverachtende Gedankengut fortsetzte.

So schmerzhaft und beschwerlich es für die betagte Dame nun ist ihre Geschichte der Öffentlichkeit zu präsentieren, so wichtig ist es ihr: „Ich fürchte mich davor, dass wieder Krieg

kommen könnte. Keiner, den ich noch erleben werde. Aber einer, der die nachfolgenden Generationen trifft.“ (eba)

Gertrude Pressburger

Gelebt, erlebt, überlebt.

Aufgezeichnet von Marlene Groihofer.
Zsolnay Verlag, 2018
208 Seiten, 19,60 Euro.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Nicht der Fremde, der Vertraute

In ihrem Romandebüt erzählt Bettina Wilpert die Geschichte von Anna und Jonas. Die beiden Mitzwanziger lernen einander durch den gemeinsamen Freund Hannes kennen. Ort der Handlung: Leipzig,

im Sommer 2014 während der Fußballweltmeisterschaft. Erst verbringen die beiden eine Nacht miteinander und wollen auch nicht mehr als ein Verhältnis, weder Anna noch Jonas. Dann feiert Hannes Geburtstag und die beiden, Anna und Jonas, trinken auf dem Fest des Freundes viel zu viel Alkohol. Wieder landen sie miteinander im Bett. Zwei Monate später geht Anna zur Polizei und zeigt Jonas wegen Vergewaltigung an. Jonas sagt, es war einvernehmlicher Geschlechtsverkehr. Es steht Aussage gegen Aussage. Die Welten der beiden zerfallen.

„Nichts, was uns passiert“ setzt die Lesenden gekonnt dem gesellschaftlichen Umgang mit sexueller Gewalt aus und lässt den Blick dabei nicht nur auf

Anna und Jonas ruhen, sondern holt ihr soziales Umfeld vor den Vorhang. Glaubwürdigkeit und Lebensentwürfe werden aufs Spiel gesetzt. Autorin Wilpert schlägt nichts vor, sie gibt uns keinen Moment lang die Möglichkeit, Distanz zu dem, was passiert ist, zu gewinnen, sondern liefert unerbittlich protokollartig die Geschehnisse aus den unterschiedlichsten Perspektiven. Kann einer Frau, die viele unterschiedliche Sexualpartner hat, und die regelmäßig trinkt, überhaupt Opfer einer Vergewaltigung werden? Kann ein politisch reflektierter Mann ein Vergewaltiger sein? „Nichts, was uns passiert“ spielt auf 168 Seiten nicht mit Aufregungen und bleibt beunruhigend nah an der Wirklichkeit,

denn der Grat zwischen einvernehmlichen Sex unter Alkoholeinfluss und einem „Date Rape“ ist ein sehr schmaler. Bettina Wilpert gelingt mit „Nichts, was uns passiert“ in Zeiten von „#metoo“ und „time’s up“ ein wahrlich großer Wurf, der auch lange nach der Lektüre nicht loslässt. Sie bleibt in ihrer eindringlichen Sprache bei den Fakten und hält uns dabei den unliebsamen Spiegel vor, in den wir alle in unserer Voreingenommenheit und Anteilnahme blicken müssen. Unerbittlich und notwendig. *(Evelyn Steinthaler)*

Bettina Wilpert
Nichts, was uns passiert
 Verbrecher Verlag 2018
 168 Seiten, 19 Euro

BUCH



Öko-Dschihad

Droht nun auch ein Dschihad im Ökobereich? Im ersten Moment mag der Begriff einige irritieren, ist er doch vor allem als Ausdruck kriegerischer Handlungen im Islam bekannt.

Doch „Dschihad“ wird weit- aus öfters in seiner Bedeutung als „Anstrengung auf dem Weg Gottes“ verwendet. Der Buch- titel ist also nicht ganz so markig gewählt, wie er klingt. Wo- rum geht’s? Die Autorin spürt jenen Initiativen nach, mit denen Muslime und Muslimin- nen die Welt ökologischer ge- stalten wollen. Dazu kann viel zählen, räumt Ursula Kowanda- Yassin ein: Eine Frau mit Hijab kann mit dem Fahrrad fahren und dabei die Umwelt schonen, ein Fischer in San- sibar kann darauf verzichten, mit Dynamit zu fischen und so den Meeresboden verschonen, oder Muslime können den Ra- madan ernst nehmen und statt dem Konsum und Shopping zu

frönen, sich selbst ein wenig zu- rücknehmen. Alles Schritte, die die Autorin im Sinn von Eigen- verantwortlichkeit und Um- weltschutz als Beispiele für ein wachsendes ökologisches Be- wußtsein nennt. Man erkennt, in diesem Buch geht es nicht allein um große Projekte wie So- larenergie im Maghreb, sondern schon das Handeln des/der Ein- zelnen zählt. Auch wenn bei der Lektüre nicht ganz klar wird, ob es nun tatsächlich so etwas wie eine globale islamische Umwelt- bewegung gibt oder sehr ver- sprengte unterschiedliche Ini- tiativen, die sehr anschaulich beschrieben werden, so findet man zur schönen Erkenntnis, dass die Bedürfnisse der Men- schen, egal welcher Religion,

doch recht ähnlich sind. Wer will schon an einem verseuch- ten Fluss oder in von Plastik- müll geplagten Städten wie in Tunesien leben. Dort gibt es nun eine Umweltpolizei, die Müllsünder bestraft. Die Frage einer spezifischen islamischen Umweltethik als Triebfeder wird im Buch immer wieder erörtert. Mit Bezügen auf Koran, Sunna und Hadithe erschließt Kowanda- Yassin mit ihrem Buch er- st- mals systematisch dieses The- ma. *(gun)*

Ursula Kowanda-Yassin
Öko-Dschihad. Der grüne Islam - Beginn einer globalen Umweltbewegung
 Residenz Verlag 2018
 176 Seiten, 19 Euro



Kunst auktion 2018

Dienstag 12. Juni 2018, 19 Uhr
Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien
www.sosmitmensch.at

Kunstauction zeitgenössischer Kunst zugunsten von SOS MITMENSCH



SICHERHEIT

Initiative gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Asyl- und Menschenrechtsorganisationen haben eine Initiative gegen Abschiebungen nach Afghanistan gestartet. Die Sicherheitslage ist katastrophal und verschlechtert sich von Tag zu Tag. Dennoch werden immer mehr Menschen in das Kriegs- und Krisengebiet abgeschoben. Die afghanischen Communities in Österreich und ihre vielen ehrenamtlichen UnterstützerInnen sind über diese

Politik bestürzt. Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, leben in großer Angst und Unsicherheit. Die deutsche Afghanistan-Expertin Friederike Stahlmann vom Max-Planck-Institut berichtet: „Wir haben Beispiele von Rückkehrern, die in ihren Dörfern umgebracht wurden.“ Die Initiative #SicherSein fordert einen sofortigen Abschiebungsstopp. Infos unter: www.sichersein.at



Kampagne_SicherSein

BENEFIZAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST

Aktuelle Kunst für Menschenrechte: Benefizauktion am 12. Juni 2018

98 Kunstwerke renommierter und aufstrebender Künstlerinnen und Künstler gibt es im Rahmen der 18. Kunstauktion zugunsten der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch zu ersteigern.



Kunstauktion Jermolaewa

Wir freuen uns, unsere Kunstauktion heuer in der „Aula der Wissenschaften“ an einem neuen, attraktiven Ort abzuhalten. Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler stellen ihre Arbeiten für die Auktion zur Verfügung, darunter: Uli Aigner, Christian Ludwig Attersee, Alfredo Barsuglia, Gunter Brus, Gunter Damisch, Katrina Dasch-

ner, Christian Eisenberger, Manfred Erjautz, Robert Hammerstiel, Caroline Heider, Edgar Honetschläger, Richard Kriesche, Andreas Leikauf, Anna Meyer, Katrin Placvak, Arnulf Rainer, Markus Wilfling, Anna Witt und Otto Zit-

ko, um nur einige zu nennen. Die Exponate sind im Katalog zur Auktion, sowie auf den Websites www.sosmitmensch.at und www.dorotheum.at zu sehen. Wer die Werke schon vorab besichtigen möchte, kann das am Montag, dem 11. von 12 bis 20 Uhr und am Dienstag, dem 12.

Juni, ab 8 Uhr früh tun. Wer am Auktionsabend nicht vor Ort sein kann, kann Gebote auch telefonisch oder schriftlich abgeben. Alle Infos dazu finden Sie im Katalog und auf den Webseiten. Ein besonderes „Zuckerl“ ist die teilweise steuerliche Absetzbarkeit der Werke. Für Details kontaktieren Sie bitte Ihre Steuerberatung oder das Finanzamt.

Zeit und Ort der Benefizkunstauktion:

Dienstag, 12. Juni 2018,

Beginn: 19.00 Uhr, Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien

Vorbesichtigung: 11. Juni ab 12 Uhr bis 20 Uhr, und 12. Juni ab 8 Uhr.

Kontakt: katharina.hofmann-sewera@sosmitmensch.at

Kritik an Separierung von Kindern

Ab Herbst will die Regierung Kinder, die nicht gut Deutsch können, vom Regelunterricht separieren. Zahlreiche Lehrkräfte und BildungsexpertInnen üben Kritik an negativen Folgen des Separierungsmodells. Darüber hinaus wird kritisiert, dass Kinder, die nicht in separaten Deutschklassen sind, nur noch 6 statt bisher 11 Förderstunden erhalten.

FPÖ unter Zugzwang

Die Recherchen von SOS Mitmensch über die Verbindungen der FPÖ zur antisemitischen „Aula“ haben Parteiboss Strache unter Zugzwang gebracht. Doch seine rhetorischen Distanzierungen sind bislang nur Worthülsen. Ein Auszug aus dem Firmenbuch zeigt: das mit Neonazis sympathisierende Blatt ist weiterhin eng mit der FPÖ verzahnt.

Armut nicht verschärfen

Die Regierung plant eine massive Kürzung der Mindestsicherung. Besonders hart soll es Familien mit Kindern und Menschen mit Fluchtgeschichte treffen. SOS Mitmensch startet eine Initiative gegen diese Kürzung. Das soziale Netz in Österreich darf nicht zerrissen werden! Jetzt unterzeichnen auf www.sosmitmensch.at



Verschärfung von Kinderarmut droht. SOS Mitmensch startet Kampagne.

ANDERE ÜBER ...

KOMMENTAR

Als wir einen Bus vermissten

An US-Schulen eignen sich Jugendliche soziale Kompetenz an, die wir in Europa dringend brauchen würden.

KOMMENTAR: MARTIN AMANSHAUSER

Als ich ein Sommersemester an der „Bowling Green State University“ unterrichtete, einer kleinen Universität am flachen Land von Ohio, besuchten meine Kinder (8 und 6 Jahre) die öffentliche Crim Elementary School. Zu unserem Erstaunen formierte sich am ersten Schultag ein Empfangskomitee, bestehend aus Direktorin („principal“), Sekretärin und Lehrerinnen. „Our new students from Austria! We have been waiting for you already. We are so excited that you are here, welcome to our school!“ Jaja, dachte ich, übertreibt es jetzt bloß nicht. Aber sie meinten es ernst! Die Kinder waren willkommen, und sie blieben es bis zum letzten Tag.

Die Crim lag in einer einkommensschwachen Zone von Bowling Green (30.000 Einwohner). Mich verwirrten die Vornamen der Kinder, Honesty, Gwen, Rhylee-Jo, Echo, Maelin, Javion, Serenity, Kandon, Klyrissa ... als wäre jedes einzelne von David Beckham persönlich benannt. Auch das Essen entsprach dem Klischee. Die Schule bot Mahlzeiten an wie Bosco Sticks with Sauce, Popcorn Chicken, Chicken Strips & Cheese, geballte Minderwertigkeiten aus Fett, Salz und Zucker. Rund ein Fünftel der Schüler/innen war übergewichtig. Meine beiden verließen die Institution täglich halb verhungert. „Ich war in allen Kontinenten, außer Afrika“, sagte der Ältere wörtlich, „und in Nordamerika hab ich dann das Essensproblem entdeckt.“

Es gab andere Vorteile. Auf 20 Schulkinder kamen zwei Lehrerinnen, der Unterricht wirkte unkompliziert und professionell.

Das 21. Jahrhundert bildete sich eindeutig ab, so entsprach die Anzahl der Schulcomputer exakt der Schüleranzahl. Die Pädagoginnen arbeiteten mit elektronischen Tafeln und betrieben selbstverständlich eigene Websites.

Nein, die Hymne sang keiner, aber alles wurde zum Großen, Ganzen, Amerikanischen. Politik und Religion blieben ausgespart, was gut war. In den Gängen hingen Aufschriften, produziert von Kindern. Eine hieß *Learn Like a Champion*. Eine andere: *Dare to be drug free*. Wenn ich bedenke, wie sehr mich „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ als Bursche für das Konzept *Heroin* begeisterte, fürchte ich, dass solche Indoktrinationen unerwünschte Effekte auslösen.

Über den zweifelhaften Parolenkampf hinausgehend fiel mir eine Sache auf: Die Schülerinnen und Schüler wurden zu sozialer Kompetenz erzogen. Erster und wichtigster Punkt war der offene Kampf gegen Mobbing, hier *bullying* genannt. Nicht nur mit Projekten zum Thema, sondern mit konkreter Beobachtung der Kinder. Im Unterschied zu Europa war es absolut inakzeptabel, den Nächsten abzuwerten. Über *bullying* wurde andauernd debattiert, das Augenmerk des Systems lag darauf. Zu den schlimmsten Vergehen auf der Crim gehörte das Hänkeln. Ich machte die Beobachtung, dass allein schon durch diesen Grundsatz der Umgang der Kinder untereinander klarer bestimmt war. Innerhalb der Grenzen, die keiner überschreiten durfte – ein Zivilisationsschritt – eignen sie sich eine soziale Kompetenz an, die wir in Europa drin-



Illustration: Petja Dimitrova

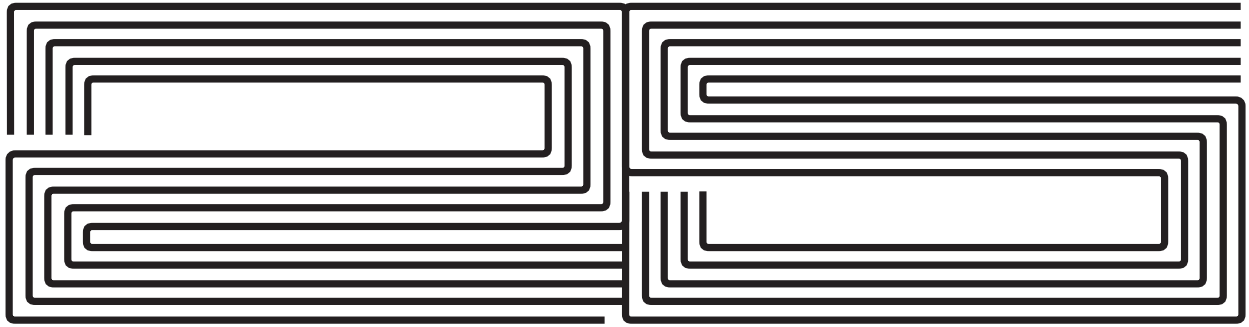
gend brauchen würden.

Bei der Übergabe des Vierteljahreszeugnisses und Awards für herausragende Leistungen (für *excellency*, *effort* und *improvement*) ging niemand leer aus. Das edukative Hauptziel bestand neben der Wissensvermittlung darin, die Kleinen mit jenem gesunden Selbstbewusstsein auszustatten, das junge US-Staatsbürger nun einmal haben. Wäre nicht schlecht, wenn auch wir mehr davon vermitteln könnten. Ab dem dritten Monat begannen meine Kinder, ihr Deutsch zu modifizieren. Der Jüngere sagte, dass wir einen Bus „vermissen“ werden (to miss the bus). Da wusste ich, es ging ihm gut.

ZUR PERSON

Martin Amanshauser

Martin Amanshauser, geboren 1968 in Salzburg, ist Autor, Reisejournalist und Übersetzer. Er studierte Geschichte bzw. Portugiesisch/Spanisch/Afrikanistik in Wien. Seine Kolumne „Amanshausers Welt“ erscheint wöchentlich in der Tageszeitung „Die Presse“. Bücher u.a.: „Im Magen einer kranken Hyäne“ (Deuticke Verlag, 1997), „Nil“ (Deuticke Verlag, 2001), „Falsch reisen. Alle machen es. 100 Geschichten“ (Picus Verlag, 2014), „Der Fisch in der Streichholzschatel“ (Deuticke Verlag, 2015). 2018 erschien sein Buch „Die Amerikafalle oder: Wie ich lernte, die Weltmacht zu lieben“ (Kremayr & Scheriau) nach einem Aufenthalt in den USA.



25 Jahre

Nischen
bis Pop

The Subways
Cassius
Alice Merton
Eels
Joan As Police Woman
Ziggy Marley
Shout Out Louds
Hayden James
Martin Kohlstedt

Fink
Antilopen Gang
White Lies
Vintage Trouble
The Brian Jonestown -
Massacre
Faber
Seasick Steve
Beartooth

Many More →

poolbar.at/programm

Deap Vally, Dream Wife, Scheibsta & Die Buben,
Goldroger, 5K HD, Algiers, The Wanton Bishops,
Yungblud

poolbar Festival

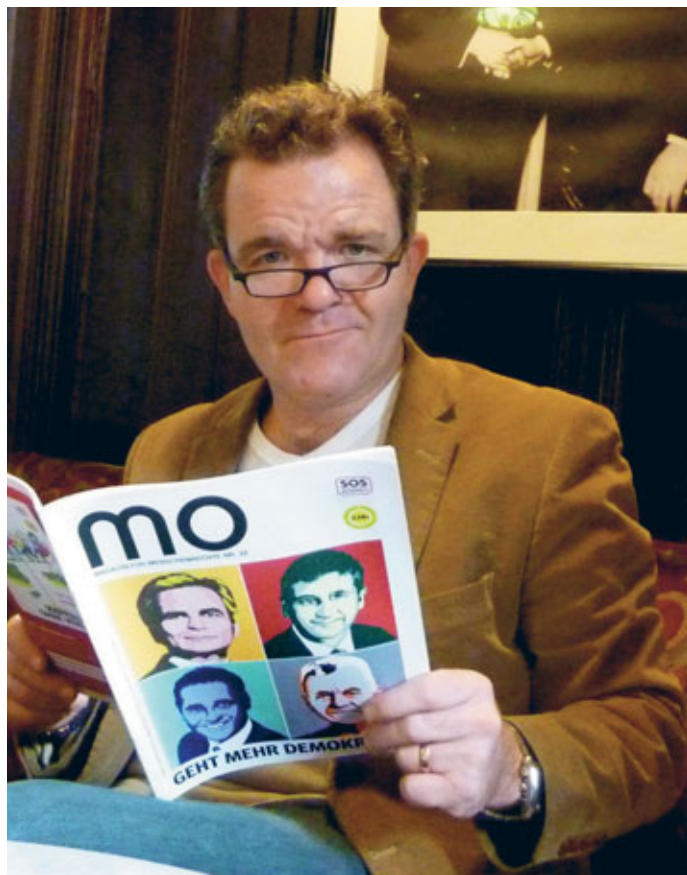
● 06 Jul → 14 Aug → Altes Hallenbad, Feldkirch → f → insta → www

Wien < Open-Air | MQ Hofmusik < 06 Jun < Os & The Sexual Chocolates < u.v.a < Free Entry



**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**